Nr. 81. Donnerstag den 10. April 1902. 9. Jahrg.

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt" inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4527) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. exkl. Bestellgeld.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig. Telephon 2721. Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

Betrachtungen über die sächsische Steuerreform.

* Leipzig, 10. April.

Der dem gegenwärtigen Landtage vorgelegte Etat rechnet bekanntlich mit einem Steuerzuschlag von 50 Prozent. Steuerzuschläge sind schon wiederholt erhoben worden, aber Zuschläge in der Höhe, wie sie die Regierung heute für nötig hält, sind in der Geschichte der sächsischen Staatssteuern unbekannt. Der angekündigte fünfzigprozentige Steuerzuschlag hat denn die Zweite Kammer zur Eile angespornt und bewirkt, daß diese die von der Regierung vorgeschlagene Steuerreform mit unwesentlichen Abänderungen angenommen hat. Der Plan der Zweiten Kammer war, durch die teilweise Verabschiedung der Steuerreform den Steuerzuschlag überflüssig zu machen. Die um 25 Prozent erhöhten Sätze der Einkommensteuer sollten bereits von diesem Jahre ab erhoben werden, für die Vermögenssteuer aber sollte die Grundsteuer einstweilen weiter erhoben werden. Die Steuerzuschläge hätten sich auf diese Weise jedenfalls vermeiden lassen. Dieser Plan ist aber von der Ersten Kammer, die erst in diesen Tagen bis zur Fertigstellung des Kommissionsberichts gekommen ist, vereitelt worden. Die Regierung hat sich mittlerweile veranlaßt gesehen, die Erhebung der Steuern nach dem alten Gesetze anzuordnen; die Zuschlagsforderung, deren Höhe noch nicht feststeht, soll den verehrlichen Steuerzahlern in einem besonderen Steuerzettel unterbreitet werden. Dies Verfahren hat für die Regierung und die herrschenden Parteien, die die Finanzkalamität verschuldet haben, den Nachteil, daß durch Steuerzettel ziffernmäßig festgestellt werden kann, wie hoch ihm die Mißwirtschaft in unserem Finanzwesen zu stehen kommt.

Während sich die Zweite Kammer im allgemeinen dem Reformplan der Regierung angeschlossen hat, schlägt die Erste Kammer zum Teil eigene Wege ein. Die zweite Deputation der Ersten Kammer schlägt der Kammer vor, von der Erhöhung des Tarifs der Einkommensteuer um 25 Prozent abzusehen. Sie verkennt nicht die Notwendigkeit neuer Steuern, verneint aber die dauernde Notwendigkeit und hält es deshalb für richtiger, den notwendigen Bedarf durch Steuerzuschläge zu decken. Die Deputation wiegt sich da in Anbetracht unserer Finanzlage in einer ganz unbegreiflichen Illusion. Für die Steuerzahler könnte es ja nur angenehm sein, wenn statt einer dauernden Erhöhung der Tarifsätze Steuerzuschläge erhoben würden, die nicht mehr erhoben zu werden brauchen, wenn die Finanzlage sich bessert. Aber daran ist eben gar nicht zu denken. Kommt in dem notwendig werdenden Einigungsverfahren zwischen den beiden Kammern der Standpunkt der Ersten Kammer — denn diese wird sich doch in ihrer Mehrheit dem Mehrheitsgutachten der Deputation anschließen — zur Geltung, so würde das Land mit dauernden Steuerzuschlägen zu rechnen haben. Für den Steuerzahler bleibt es sich aber ganz gleich, ob dauernde Steuerzuschläge oder höhere Einkommensteuersätze erhoben werden. Die einzige Aenderung, die auch die Erste Kammer an der Einkommensteuer vornehmen will, ist der Wegfall der sogenannten Horizontale, d. h. des Ruhens der Progression bei Einkommen von 11 000 Mk. bis 25 000 Mk.

Einig ist dagegen die Erste Kammer mit der Zweiten über die Vermögenssteuer. In der Tagung 1897/98 hat die Zweite Kammer gegen die Vermögenssteuer den entschiedensten Widerspruch erhoben. In der Ersten Kammer ist es gar nicht zu einer Aussprache über die Vermögenssteuer gekommen. Es ist jedoch bekannt, daß diese Steuer hier auf denselben Widerstand stieß, wie in der Zweiten Kammer. Beide Kammern haben nunmehr ihren Widerspruch aufgegeben. Die Begründung für diesen Stellungswechsel hat man aber keineswegs in dem Umstande zu suchen, daß die Kammern die Belastung „der stärkeren Schultern" für notwendig erachtet hätten, sondern weil die Regierung die Grundsteuer als Staatssteuer hat fallen lassen. Schon in dem Steuerreformplan von 1897 hat es die Regierung als eine Notwendigkeit bezeichnet, die Grundsteuer aus dem System der Staatssteuern auszuscheiden. Zu ihrer Aufhebung konnte sie sich aber gleichwohl nicht entschließen, weil sich „auf die Grundsteuerverfassung so viele staatliche Einrichtungen gründen, daß sie zur Vermeidung umfassender Umwälzungen auf den verschiedensten Gebieten des Staatslebens unbedingt aufrecht erhalten bleiben muß". Einen anderen Grund für die Beibehaltung der Grundsteuer erblickte die Regierung in der sogenannten Schuldotation. Diese Schuldotation ist ein Zuschuß an die Schulgemeinden in Höhe des halben Ertrags der Grundsteuer. „Die Schulgemeinden" — heißt es in der Regierungsdenkschrift von 1897 — „haben sich mit der Dotation als einen dauernden Zuschuß so eingerichtet, daß, wie auch die Vorgänge von 1893/94 gelehrt haben, nicht mehr daran gedacht werden kann, ihnen diese Einnahmequelle zu verschließen." Auch in dem Steuerprogramm der Zweiten Kammer vom vorigen Landtage war ausgeführt: „Die in der Grundsteuer gegebene Vorausbesteuerung des unbeweglichen Besitzes ist beizubehalten . . ." Allerdings wurde in diesem Steuerprogramm keine allgemeine Ergänzungssteuer, sondern nur eine solche auf das bewegliche Vermögen gefordert.

Bis vor zwei Jahren waren also die Regierung und Kammern von der Notwendigkeit der Forterhebung der Grundsteuer überzeugt. Ueber die Bedenken, die der Aufhebung der Grundsteuer entgegenstanden, hat man sich mit Grazie durch einen Salto mortale hinweggesetzt. Die politischen Bedenken sind durch Annahme einer fingierten Steuer beseitigt worden, das heißt die Agrarier zahlen zwar keine Grundsteuer mehr, aber die an diese Steuer geknüpften politischen Rechte sollen den Grundbesitzern erhalten bleiben. Die Bedeutung der fingierten Steuerleistung kommt namentlich bei dem Klassenwahlrecht zur Erscheinung. Viele Agrarier zahlen nur eine minimale Einkommensteuer (man denke nur an den Oberagrarier v. Wangenheim), die Grundsteuer gewährt ihnen aber nicht nur das Wahlrecht, sondern sogar das vielfache Wahlrecht in der zweiten oder ersten Klasse. Nun soll die Steuer wegfallen, aber das an der Steuer haftende bevorzugte Wahlrecht so den Agrariern erhalten bleiben.

Den Wegfall der Grundsteuer- oder Schuldotation findet man auf einmal ganz unbedenklich. Die Dotation bezeichnet die Regierung in ihrer neuesten Denkschrift als eine Anomalie, als eine Regelwidrigkeit, die beseitigt werde, wenn man den den Schulgemeinden überwiesenen Betrag der Grundsteuer, den die Gemeinden erheben, aber nicht an die Staatskasse abliefern, also nur verrechnen, von den politischen Gemeinden direkt erheben lasse. Dann würde sich eine Erhöhung der gemeindlichen Grundsteuer notwendig machen, die aber die Gemeindeagrarier sich nicht aufbinden lassen werden, da sie ja in den Gemeindevertretungen ausschlaggebend sind. Hier arbeiten sie im Gegenteil wie in der Landesvertretung fortgesetzt auf Ermäßigung der Grundsteuer hin und ihr Ziel ist nicht nur auf die Aufhebung der Staats-, sondern auch auf die der Gemeindegrundsteuer gerichtet. Fällt also die Staatsgrundsteuer und kommt die Schuldotation in Wegfall, so wird der Mehraufwand in den Gemeinden nicht, wie die Regierung annimmt, von den Grundbesitzern, sondern von der Gesamtheit der Gemeindebürger aufgebracht werden müssen.

Die Aufhebung der Grundsteuer ist also ein Geschenk an die Agrarier. Als in Preußen die Vermögenssteuer eingeführt und die Grundsteuer aufgehoben oder „außer Hebung gesetzt" wurde, hat Miquel durchgesetzt, daß die auf Grund älterer Gesetze gewährten Entschädigungen für die Aufhebung von Grundsteuerbefreiungen und Grundsteuerbevorzugungen an die Staatskasse zurückerstattet werden. Als in der sächsischen Oberlausitz die steuerfreien Grundbesitzer zur Grundsteuer herangezogen wurden, ist diesen vom Staate auch eine Entschädigung gezahlt worden. In der Denkschrift von 1897 verneint die Regierung aber ausdrücklich die Frage, ob diese Entschädigungen zurückzufordern seien. Als die Regierung den bis dahin steuerfreien Grundbesitzern der Oberlausitz die Grundsteuer auferlegte und ihnen dafür eine Entschädigung in der Höhe

Feuilleton.

5] Nachdruck verboten.

Niobe.

Roman aus der Gegenwart von Jonas Lie.

„Darf ich bitten, Herr Schulteiß, Mutter aus dem Spiele zu lassen bei Ihren Vergleichen," unterbrach ihn Minka barsch. „Uebrigens heißt sie Frau Baarvig außerhalb der Familie."

„Körperbau und Natur so verschieden, wie es eine stark gebaute Gestalt von einer zarten und feinen sein kann . . . ein ungewöhnlich starker Hals und herrliche Schultern. — In ihrer Jugend war Sigrid Storraade der Typus eines hohen, schlanken, blonden, lawinenhaften Mädchens mit wilden Augen."

„Sie meinen wohl, niemand hätte die zwingen können, einen deutschen Aufsatz zu schreiben," bemerkte Bertha unverbesserlich.

Sie kannte längst Schulteiß' Schwäche und die Mühe, die er sich stets gab, Minkas Interesse zu erwecken.

„Dieses Weib hatte eine unbändige, unbezwingbare Natur, die die Welt niemals beugen konnte. Eine jungfräuliche Herbheit umgab ihre Person und veranlaßte selbst Könige, sich um ihre Gunst zu bewerben. Aber sie erhörte keinen, schickte sie alle fort, oder ertränkte sie in ihren Metfässern wie Fliegen . . .

„Da kam Olaf Trygvason, der schönste und stolzeste Mann Norwegens; er hatte das Smaltserhorn erstiegen . . ."

Schulteiß wandte den Kopf der hohen Schulter zu und schien zum Smaltserhorn empor zu blicken.

„Ihn liebte sie, ihm wollte sie gehören. Und als er sie dann verschmähte, im Fanatismus ihr den Handschuh ins Gesicht warf und sie eine Heidin nannte, weil sie sich weigerte, ihren Glauben zu wechseln, da wollte sie nur noch eins, eins, eins im Leben — ihn töten.

„Und das war die Schlacht bei Svolder, wo Königin Thyra im Schiffe saß und ihre Spindel vergaß."

„Der König mußte sein Schwert umtauschen; das seine war ganz stumpf geschlagen," erläuterte Ole.

„Ja, und danach sprang er über Bord, er verlor nichts," eiferte Arnt.

„Man muß wohl einräumen" — ein opalblauer Blick traf Minka — „daß diese beiden Frauengestalten Persönlichkeiten höchst verschiedenen Wertes sind; die Besten, jede in ihrer Art. Die eine, die Königin aller Spinnerinnen, die brave, treue Hüterin des häuslichen Herdes — die andere eine Vorläuferin" — er erhob die Stimme, da Minka ihn selbstvergessen anschaute und schwenkte das Lineal, so daß man einen sausenden Laut vernahm, — „eine Vorläuferin des befreiten Weibes von heute, das für seine Individualität kämpft."

Unwillkürlich kam die Versuchung über ihn, Minka anzuschauen; aber er wandte sich mit einem Ruck um und richtete einen strengen examinierenden Blick auf die Kinder: „Was war mit Gyda, Du, Arnt?"

„Sie freite — nein, Harald Haarfager freite um sie. Aber sie antwortete ihm, daß er wieder kommen könne, wenn er ganz Norwegen erobert — dann —"

„Ehe, ehe — siehst Du — so schrecklich bescheiden waren die Damen damals auch nicht," bemerkte Schulteiß, verstohlen mit den Augen zwinkernd. „Eine Persönlichkeit" — ein sehr fester Blick traf Minka — „kämpft, um zur Herrschaft zu gelangen . . . Und von diesem Standpunkte aus blickt mit unsäglicher Verachtung auf all die kleinen, unbedeutenden Dinge herab, die so tief unter ihr liegen — auf diesen wimmelnden Haufen mit den gekrümmten Rücken . . ."

Ein Kichern ertönte aus der Reihe der Jungen.

„Harald Haarfager hatte ja so unendlich viele Frauen und Kinder," rief Ole.

„Und dabei war er nur zwölf Jahre alt," fuhr Arnt eifrig dazwischen.

„Salomon hatte noch mehr, der hatte zweiundsiebzig," erklärte Tor, des Küsters Sohn.

„Hier wäre die Bemerkung am Platze," sprach Schulteiß spöttisch, „daß außer der schon erwähnten Gyda und seiner späteren Gemahlin Ragna aus Jütland, die anderen gar nicht in Betracht kommen können . . . Ob nur ein, oder ein Dutzend Spinnrocken, das thut nichts zur Sache. Im Laufe der Zeiten hat man sich darauf beschränkt, nur eine ins Haus zu nehmen, — namentlich aus ökonomischen Gründen — und hat das sehr poetisch „Freyas Spinnrocken" genannt . . . Fürwahr, nichts für die stille Sehnsucht und die Träume eines jungen Weibes in unseren Tagen."

Diese Worte waren in unzweideutiger Weise an Minka gerichtet, die zerstreut dasaß und mit der Feder spielte. Ihre Gedanken schienen nicht beim Aufsatze zu weilen.

„Nun krümmt er sich und glaubt es gut gemacht zu haben," kicherte Bertha und bewegte die Nasenspitze . . .

„Und schau nur, jetzt setzt er sich in Positur —"

„Schweig stille, hörst Du! Er merkt, daß Du Dich über ihn lustig machst," drohte Minka erregt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19020410/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

des kapitalisierten Betrags der Grundsteuer gewährte, machte sie ihnen ein ganz ungerechtfertigtes Geschenk. Heute macht sie der Gesamtheit der Grundbesitzer ein Geschenk durch die Aufhebung der Grundsteuer. Dieselben Grundsätze, die die Regierung früher zu einer Entschädigung der bis dahin steuerfreien Junker der Oberlausitz kommen ließ, hätten der Regierung auch die Verpflichtung nahe legen müssen, den Agrariern für die Aufhebung der Grundsteuer eine Leistung an den Staat in der Höhe des kapitalisierten Betrags der Grundsteuer aufzuerlegen. Da die Grundsteuer bisher 4 Millionen Mark einbrachte, so stellt die Aufhebung der Staatsgrundsteuer ein Geschenk an die Agrarier in Höhe von mindestens zweihundert Millionen Mark dar.

Diese Begünstigung der Agrarier ist zu offenbar, als daß sie nicht den entschiedensten Widerspruch herausfordern müßte. Die Mehnert und Genossen, die früher so volksfreundlich zu reden wußten und die Pflicht betonten, das notwendig werdende Steuermehr „den stärkeren Schultern" aufzubürden, werden es jedenfalls erreichen, daß die Agrarier durch die Aufhebung der Grundsteuer eine bedeutende Entlastung erfahren. Wenn die Agrarier auf die Vermögenssteuer hinweisen, so ist das eitel Spiegelfechterei. Die Vermögenssteuer ist nicht nur niedriger als die Grundsteuer, sondern der Hinweis auf sie ist auch deshalb hinfällig, weil die Vermögenssteuer nicht nur die Grundbesitzer, sondern alle Vermögensbesitzer trifft. Schließlich werden aber die Agrarier auch die Vermögenssteuer als eine Last für die notleidende Landwirtschaft betrachten. Sachsen hat in der ganzen Steuerreform Preußen nachgeahmt. In Preußen aber hat die konservative Fraktion des Herrenhauses kürzlich einen Antrag beschlossen, das Ergänzungssteuergesetz einer Revision zu unterziehen und zwar im Interesse der von der Ergänzungssteuer „besonders schwer betroffenen land- und forstwirtschaftlichen Kreise". Die mittelalterliche Steuerfreiheit ist das Ideal der Junker und diesem Ideal steuern die sächsischen Klassengenossen der Mirbach und Genossen auch in Sachsen zu. Auf der einen Seite Steuerfreiheit, auf der anderen unerhörte Liebesgaben in Gestalt von Wucherzöllen, die die Lebensmittel des Volkes ins ungemessene verteuern — das ist das Ziel der sächsischen Agrarier.

Unsere Schilderung der gegenwärtigen steuerpolitischen Lage in Sachsen lehrt, daß die konservativ-agrarische Mehrheit der beiden Kammern des Landtags die nackteste Interessenpolitik verfolgen zum Schaden des Landes. Und in dieser Interessenpolitik finden die Kammern die thatkräftigste Hilfe und Unterstützung der Regierung. An dieser Interessenpolitik werden die herrschenden Gewalten scheitern.

Politische Uebersicht.

Ein parlamentarisches Spektakelstück.

Der Wiener Spießer hat wieder einmal seine Unterhaltung: im Abgeordnetenhaus wird „Obstruktion" gemacht. Wie der österreichische Parlamentarismus überhaupt eine Karikatur ist, so sind es auch seine kritischen Momente: groteske Aktionen aus winzigen Anlässen; die schärfsten Waffen gegen kindliche Forderungen; die ganze parlamentarische Maschine wird lahmgelegt wegen eines halbslowenischen Gymnasiums oder einer tschechischen Gewerbeschule. Dieses Parlament schluckt ohne viele Umstände die klotzigsten Brocken, die ihr die Regierung serviert; Verfassungsbruch und Standrecht werden mit breiter Wiener Gemütlichkeit diskutiert; aber in „nationalen" Fragen verstehen die Leutchen keinen Spaß; da wird jeder Hosenknopf zu einer „Principienfrage", zu einem Machtkampf, wenn es nämlich ein slovenischer oder ein tschechischer oder auch ein — teutscher Hosenknopf ist.

Also das Wiener Parlament hat wieder einmal seine Obstruktion. Warum? Zunächst wegen der Cillier Frage. Schon vor mehreren Tagen hatte die Einrichtung einiger slovenischen Parallelklassen im Gymnasium zu Cilli die deutsche Volkspartei die „schärfste Opposition" ankündigen lassen. Gestern hat sie ihre furchtbare Drohung zur Ausführung gebracht beim Anlaß einer Staatsgewerbeschule in Budweis. Ein Slovene beantragte die Errichtung einer tschechischen Staatsgewerbeschule in einer geeigneten tschechischen Stadt des Budweiser Handelskammerbezirks und einer deutschen Staatsgewerbeschule in einer geeigneten Stadt des Egerer Kammerbezirks. Darauf verlangte der deutschvolksparteiliche Abgeordnete Bareuther namentliche und getrennte Abstimmung über diesen Antrag. Der Präsident erklärte, er könne dem Antrag Bareuther auf getrennte Abstimmung nicht beitreten und werde das Haus befragen. Weiterhin entwickelte sich alles nach der bekannten Geschäftsordnung, die, obwohl ungeschrieben, doch bei allen parlamentarischen Spektakelstücken in dieser Kammer autoritäre Geltung hat. Ohrenbetäubendes Geschrei und Getöse der gewerbsmäßigen parlamentarischen Lärmmacher mit Zuhilfenahme von Eisenstäben, Pultdeckeln und ähnlichen akustisch wirksamen Argumenten. Wenn dem Lärm der Atem auszugehen droht, giebt die Glocke des Präsidenten das erwünschte Signal zu seiner Wiederaufnahme. Sprungweise Attacken auf die Präsidententribüne und Balgerei um den Besitz der Präsidentenglocke. Endlich ist die Tagesordnung und — das Haus erschöpft, der Präsident vertagt die Sitzung, und die Abgeordneten ziehen sich gruppenweise in die Fraktionszimmer zurück, um die Situation zu beraten.

Nach einer knappen halben Stunde haben sich die Köpfe wieder so weit abgekühlt, um diplomatisch verschnörkelte Erklärungen abgeben zu können. Da erfährt man dann, daß die Sache gar nicht so bös gemeint war. Die unleidlichen Mißverständnisse! Aber man war eben gezwungen, „schärfste Opposition" zu machen. Nur der Präsident war schuld an dem Spektakel; aber die Abwehr richtete sich bei Leibe nicht gegen die Person des Präsidenten. Nach dieser parlamentarischen Probe gütlichen Ausgleichs wird die Sitzung aufgehoben.

So sieht der Parlamentarismus in Oesterreich aus. Die Fraktionen blähen sich um Nichtigkeiten zu parlamentarischen Aktionen auf, die das ganze Getriebe in Frage stellen, und mucken und rühren sich nicht, wenn die Regierung das Parlament mit einem Federstrich außer Kraft setzt und den Parteien noch die Tinte ins Gesicht spritzt. Vier Gymnasialklassen und eine Gewerbeschule sind dort Lebensfragen, um die man parlamentarische Revolution macht; aber um die zeitweise Beseitigung des Verfassungsparagraphen, des § 14, hat sich kein Mensch weiter groß aufgeregt. Es ist alles Theater, Ueberbrettl, Spektakel!

Die belgische Verfassungsrevision auf der Straße.

Die Entscheidung im Kampfe um das allgemeine gleiche Wahlrecht liegt, wie im Jahre 1893, auf der Straße. Die Massenversammlungen fluten hinaus auf die öffentlichen Plätze und werden dort zu leidenschaftlichen Massenkundgebungen. Die Regierung, die das Feuer auf die geschlossenen Versammlungsräume lokalisieren möchte, läßt die demonstrierende Menge durch Polizei und Militär attackieren, und es kommt zu blutigen Zusammenstößen. So am Dienstag in Brüssel, so in Gent, wo sich Anseele persönlich zwischen die Menge und die Revolver der Polizisten warf und Ruhe stiftete, so in Antwerpen und einer Reihe von Provinzstädten.

Die Regierung kennt die Gefahr der Straßendemonstrationen sehr wohl, und sie faßt bereits das äußerste ins Auge. Der Kriegsminister ist auf eine schlaue Idee verfallen, der revolutionären Bewegung die besten Kräfte zu entziehen und sie zu ebenso vielen Soldaten des klerikalen Regierungsterrorismus zu machen: er hat die Einberufung der Jahrgänge 1898 und 1899 der Milizen der 14 Linienregimenter und des 1. und 2. Jägerregiments zu Fuß sowie des Jahrganges 1898 des Karabinier- und des Grenadierregiments und der Verwaltungstruppen angeordnet. Die Genannten haben sich unverzüglich zu ihren Truppenteilen zu begeben. Ebenso haben sämtliche Gendarmeriebrigaden sich marschbereit zu halten. Das ist ein perfider Trick, der wohl in erster Linie darauf berechnet ist, die Bewegung einzuschüchtern. Aber es ist eine zweischneidige Waffe, die da geschliffen und ostentativ geschwungen wird. Die belgischen Milizen sind keine Prätorianer. Bereits vorige Woche hat der Bund der sozialistischen Frauen ein Manifest an die Soldaten in den Kasernen verbreitet, worin die Soldaten als Kinder des Volks beschworen werden, sich nicht von einer reaktionären Gewaltherrschaft gegen das Volk führen zu lassen. Wenn die klerikale Regierung sich hinter die Soldaten verkriechen und auf das Volk schießen lassen will, könnte sie leicht finden, daß die Gewehre — nach hinten losgehen.

Die Regierung hat übrigens ihre Position durch eine ganz überflüssige und gehässige Maßregel schwer geschädigt: sie hat mehrere republikanische spanische Deputierte, die bei einer Versammlung im Volkshaus zu Brüssel als Gäste anwesend waren, aus Belgien ausgewiesen. Dadurch hat sie natürlich zu neuen Demonstrationen und neuen Zusammenstößen Anlaß gegeben, die übrigens ohne blutige Zwischenfälle abgelaufen sind. In der Kammer hat der sozialistische Deputierte Furnemont die Regierung wegen der Ausweisung interpelliert und sie als eine unanständige, den Gesetzen der Gastfreundschaft hohnsprechende Maßregel gekennzeichnet. Die Regierung ist der Beantwortung bisher ausgewichen.

Die letzten Meldungen des offiziösen Wolff-Bureaus, die übrigens mit Vorsicht aufzunehmen sind, lauten:

Brüssel, 9. April. Ein Volkshaufe drängte in Schaerbeck drei Schutzleute in ein Kaffeehaus, plünderte dieses und gab Revolverschüsse ab. Die drei Schutzleute wurden verwundet. Ein anderer Volkshaufe durchzog nach einer Versammlung die Straßen und warf die Fenster der Jesuitenkirche und des Priesterseminars ein. Vor dem Polizeibureau in der Rue Saint-Francois fanden heute abend Massenansammlungen statt; es wurden Revolverschüsse abgegeben.

Lüttich, 9. April. Ein Trupp von 1500 Personen begab sich heute zum Empfange der sozialistischen Deputierten zum Bahnhof und zog dann nach einem Arbeiterlokal. Die Polizei zog blank und zerstreute die Menge; hierbei wurden vier Personen verwundet.

Lüttich, 9. April. Im Laufe der Kundgebungen wurde heute abend der Deputierte Troclet verwundet.

Deutsches Reich.

Eine föderalistische Osterfahrt.

Unter diesem pompösen Titel läßt die Münchener Allgemeine Zeitung, die sich guter Beziehungen zum Reichskanzleramt erfreut, noch einmal einen Leitartikel vom Stapel, worin sie die Rundreise des Grafen Posadowsky an den süddeutschen Höfen als eine hoch staatsmännische Aktion zu glorifizieren sucht. Wenn man aber wissen will, was mit dieser Aktion bezweckt oder erreicht worden ist, so verrät der süddeutsche Offiziosus davon kein Sterbenswörtlein. Er thut der Welt nur kund und zu wissen, daß, wenn deutsche Minister zusammenkommen, immer großartige Dinge vor sich gehen.

Wir denken darüber skeptischer, wobei wir jedoch nicht verkennen, daß die würdigen Excellenzen an diesem Osterfeste ganz unsere Arbeit gemacht haben. Legt man alles, was über die Odyssee des edlen Grafen berichtet worden ist, auf den Schmelztiegel der Kritik, so bleiben drei Thatsachen übrig, die als einigermaßen zuverlässig gelten können. Erstens soll den Brotwucherern nicht mehr nachgegeben werden, als ihnen in der Zolltarifvorlage zugebilligt worden ist. Zweitens soll der vom Reichskanzler gebilligte Antrag der ultramontanen Demagogie, wonach die Mehreinnahmen aus den Zöllen für Wohlfahrtseinrichtungen zu Gunsten der arbeitenden Klassen zu verwenden seien, unter den Tisch fallen. Drittens sollen zwar Anwesenheitsgelder für die Zolltarifkommission, aber keine allgemeinen Diäten von den Regierungen zugestanden werden.

Alle die Beschlüsse sind uns durchaus willkommen. Der erste natürlich nicht deshalb, weil wir die Zolltarifvorlage als „kleineres Uebel" betrachten, sondern im Gegenteil, weil sie das wirkliche Uebel, die thatsächlich drohende Gefahr ist, die durch die agrarischen Ueberspanntheiten verschleiert wurde. Je klarer sie als der eigentliche Feind hervortritt, um so wirksamer wird der Kampf gegen sie sein.

Der zweite Beschluß beseitigt ein Truggebilde, das zwar nicht die klassenbewußten Proletarier, wohl aber die noch im Fahrwasser der Centrumspartei segelnden Arbeiter zu täuschen geeignet war. Für das Centrum ist dieser Beschluß allerdings ein böser Strich durch die Rechnung, aber was hilft's? Das Reich braucht Geld, viel Geld für Kanonen und Panzerschiffe; es kann nicht auf die Mehreinnahmen aus dem Brotwucher verzichten, um der schönen Augen der ultramontanen Demagogen willen. Die Biedermänner sollen über den Stock springen, ohne einmal ein bißchen zu bellen, und es wird sich ja zeigen, ob sie auch zu dieser patriotischen Selbstentsagung bereit sind.

Endlich der dritte Beschluß macht schon aus äußerlichen Gründen unmöglich, daß der Zolltarif von dem gegenwärtigen Reichstage verabschiedet wird. Würde die Regierung allgemeine Diäten bewilligen, so müßte man aus principiellen Gründen diese Verstärkung der brotwucherischen Position in den Kauf nehmen. Aber wenn die würdigen Excellenzen sich nur zu einer Halbheit bequemen wollen, von der selbst die Deutsche Tageszeitung zugesteht, daß sie im Reichstage nicht durchzusetzen sein werde, so ist es um so besser.

Mit diesen drei Punkten können wir also von unserem Standpunkt aus durchaus zufrieden sein. Es fragt sich nur, ob die „allseitig befriedigenden" Ergebnisse der „föderalistischen Osterfahrt" sich hierauf beschränken. So viel Einsicht wird man den erleuchteten Staatsmännern in Berlin, Dresden, München, Stuttgart und Karlsruhe am Ende zutrauen dürfen, daß sie sich selbst gesagt haben, wie sehr sie namentlich mit ihrem zweiten und dritten Beschlusse ihrer eigenen Vorlage die Wege verrammeln. Eben diese Beschlüsse würden aber auch die Position der Regierung bei einer etwaigen Auflösung des Reichstages wesentlich verschlechtern. Was wollen die Herren also eigentlich und wie denken sie aus der Sackgasse herauszukommen, in die sie sich verrannt haben?

Das weiß keiner, und vermutlich wissen sie es selbst auch nicht. Gegenüber der gedankenlosen und zerfahrenen Politik in der herrschenden Klasse bleibt der Arbeiterklasse nur der eine Weg praktischer Politik übrig, in jedem Augenblick auf alles mögliche gefaßt zu sein. Mehr denn je gilt heute für sie das Dichterwort: Bereit sein, ist alles.

Parlamentsbriefe.

Aus dem preußischen Landtage.

H. Berlin, 9. April. Das Abgeordnetenhaus hat heute seine Sitzungen wieder aufgenommen und die zweite Beratung des Etats mit dem Etat der Eisenbahnverwaltung fortgesetzt. Der diesmalige Etat bietet kein erfreuliches Bild, er spiegelt so recht unsere wirtschaftliche Lage wieder. Die Einnahmen sind infolge der Krisis erheblich zurückgegangen; sie betragen volle 3 Prozent weniger als im Vorjahre, und zwar resultiert dieser Rückgang in der Hauptsache aus dem Güterverkehr, während die Mindereinnahmen aus dem Personenverkehr weniger erheblich sind und namentlich die Einführung der 45tägigen Rückfahrtkarten nur eine sehr geringe Rolle spielt. Unter diesen Umständen ist natürlich der Minister Thielen, der sich auch in guten Jahren wirklich einschneidenden Reformen stets energisch widersetzt hat, selbst bescheidenen Reformgedanken gänzlich unzugänglich. Zwar machte er, wie alljährlich, in seiner die Generaldebatte einleitenden Rede viel Aufhebens von seinen Vorkehrungen gegen die Unfallgefahr und seiner Fürsorge für die Beamten, gleichzeitig aber mahnte er zu äußerster Vorsicht und betonte die Notwendigkeit, alle nicht durchaus notwendigen Ausgaben zu unterlassen.

Einer strengen Kritik unterzog der Nationalliberale Macco, der erste Diskussionsredner, das in der Eisenbahnverwaltung herrschende System. Er wies darauf hin, daß man beim Erlaß des Eisenbahngarantiegesetzes von dem Gedanken ausging, daß die Ueberschüsse der Bahnen zu Betriebsverbesserungen und zur Tilgung der Eisenbahnschuld verwendet werden müssen, daß man aber leider von diesem Grundsatz abgewichen sei und jetzt die Einnahmen der Eisenbahnen vielfach zur Zahlung allgemeiner Staatsausgaben verwende, die mit dem Eisenbahnwesen nichts zu thun haben. Wir können uns dieser Kritik des nationalliberalen Redners durchaus anschließen, und wir pflichten ihm auch darin bei, daß es notwendig ist, die Eisenbahnfinanzen von den allgemeinen Staatsfinanzen zu trennen, und daß, um dies Ziel zu erreichen, der Eisenbahnminister selbständiger und weniger abhängig vom Finanzminister gemacht werden muß.

Die unbedingte Abhängigkeit des Eisenbahnministers vom Finanzminister ist in der Hauptsache durch Herrn von Miquel herbeigeführt worden; er war der eigentliche Eisenbahnminister in Preußen; unter ihm blühte die Sparsamkeitspolitik und Ueberschußwirtschaft wie nie zuvor. Sein Nachfolger, Frhr. v. Rheinbaben, erweist sich als sein würdiger Schüler; fast noch energischer, als der Meister, verlangte er einen maßgebenden Einfluß auf die Eisenbahnfinanzen und mindestens mit demselben Eifer erklärte er sich gegen die von dem Abg. Macco angeregte Herabsetzung der Personentarife, weil ihm dadurch möglicherweise Einnahmen entgehen, auf die er nicht verzichten zu können glaubt.

Ebenso wie Abg. Macco verlangte auch Abg. Dr. Wiemer (freis. Vp.) Tarifermäßigungen im Personenverkehr und des weiteren die Einführung von Rückfahrtkarten für die vierte Wagenklasse. An die Beseitigung dieser menschenunwürdigen Klasse, die die Freisinnigen in früheren Jahren forderten, scheinen sie jetzt nicht mehr zu denken.

Nachdem noch die Abgg. Gamp (freikons.) und Frhr. v. Erffa (kons.) sich mit der Thielenschen Eisenbahnpolitik

---

Schulteiß schritt nachdenklich hin und her und starrte seine Füße an, auf deren Form er ganz besonders eitel schien. Genau und zierlich setzte er einen Fuß vor den anderen und knickte bei jeder Wendung in die Knie — übereinstimmend mit dem Gedankengang, den er verfolgte.

Er ward eifriger und eifriger, die Wendungen hastiger und hastiger, immer tiefer sank er jedesmal zusammen. Plötzlich hielt er inne, — ein leuchtendes, selbstbewußtes Lächeln umspielte seine Lippen.

„Die Geschichte des Spinnrockens . . . Das ist der Titel eines Werkes, das ich zu schreiben gedenke — in mehreren Bänden. — Was am Spinnrade alles ausgeheckt worden ist . . . Die Männer sind durch den Garnring hindurch gegangen wie Flachsbüschel — das will sagen, — ehe — ehe," er hob das Kinn und atmete hörbar — „alle diese romantischen Vorstellungen von der Frau, die überlasse ich den kleinen Skribenten . . . Ich, ich," — von Leidenschaft hingerissen, erhob er plötzlich die Stimme, — „ich will eine Brandfackel anzünden, — eine Brandfackel! — ich will die Sklavin zeigen, wie sie gekauft und verkauft wird, und man sie an den Spinnrocken fesselt."

„Und dann, Fräulein Minka," — er stand stille und warf ihr einen halb feierlichen, halb listigen Blick zu, wie einem verständnisvollen Kriegskameraden, — „dann beginnt der Freiheitskampf! — Aber zuvor, — zuvor kommt die Geschichte von dem Schaden, den sie genommen hat, ihr tiefer Fall . . . Eine sehr delikate, feine, feine, verwickelte Sache, — die nur ein wirkliches Genie, mit seinem alles durchdringenden psychologischen Auge in allen seinen Einzelheiten bloßzulegen und zu entwirren vermag. Ein solcher Mann muß das weibliche Herz kennen bis auf den Grund, — bis auf den Grund!"

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19020410/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

im allgemeinen einverstanden erklärt hatten, wurde die weitere Beratung auf morgen vertagt. Der Präsident beabsichtigt, die Etatsberatung bis zum 19. April zu Ende zu führen, eventuell mit Hilfe von Abendsitzungen.

---

* **Berlin**, 10. April. Ein dem preußischen Abgeordnetenhause gestern zugegangener Gesetzentwurf bezweckt, dem § 44 des **Gesetzes über die Handelskammern** folgenden Zusatz hinzuzufügen: „Insoweit für denselben Bezirk eine der im Absatz 1 aufgeführten kaufmännischen Korporationen und eine Handelskammer besteht, bestimmt der Minister für Handel und Gewerbe im Einverständnisse mit dem etwa beteiligten Ressortminister, in welchem Umfange die den Organen des Handelsstandes zustehenden öffentlich-rechtlichen Befugnisse noch von der kaufmännischen Korporation wahrzunehmen sind.“ Im Gesetze über die Handelskammern fehlte bisher eine Bestimmung darüber, wie im Falle des Nebeneinanderbestehens einer Handelskammer und einer kaufmännischen Korporation die Aufgaben der beiden Körperschaften auf öffentlich-rechtlichem Gebiet gegeneinander abzugrenzen seien. —

Wie die Berliner Politischen Nachrichten berichten, dürfte dem Reichstage ein weiterer Nachtragsetat zugehen, nach dem statt wie bisher 40000 künftig 60000 **Veteranen eine Jahresunterstützung von 120 Mk.** zuzuwenden ermöglicht werde. —

Die Vertreter der in Deutschland bestehenden Kartelle und Syndikate tagten hier unter dem Vorsitze des Geheimen Finanzrates Jencke und beschlossen, ein sechsgliedriger Ausschuß der heutigen Versammlung solle gemeinsam mit dem Direktorium des Centralverbandes deutscher Industrieller die endgültige Schaffung einer **gemeinsamen Vertretung der deutschen Kartelle** vorbereiten. —

Die **Neuregelung des Hypothekenbankwesens** in Preußen bildete dieser Tage den Gegenstand einer Konferenz, zu der Landwirtschaftsminister v. Podbielski eine Reihe von Direktoren und Aufsichtsratsmitgliedern der preußischen Hypothekenbanken geladen hatte. Die Vertreter sämtlicher Banken waren der Meinung, daß sich die Einstellung eines Staatskommissars für jede einzelne Bank wohl empfehle. Bei der Frage, ob eine verschärfte staatliche Ueberwachung der Thätigkeit des Aufsichtsrats am Platze wäre, hob der Minister hervor, seine Absicht gehe dahin, daß den staatlichen Kommissaren demgemäß die Befugnis erteilt werden müsse, die Thätigkeit des Aufsichtsrats zu kontrollieren.

Unannehmbar! Die Centrumsdemagogen haben wirklich Pech. Das „Unannehmbar“, das die Regierung ihrem „Verständigungs“tarif entgegengerufen hat, setzt sie jetzt auch dem demagogischen Schwindel entgegen, mit dem die Centrumsagrarier die Arbeiter für ihre Wucheröder ködern wollten. Wie wir bereits gestern kurz mitgeteilt haben, hat die Regierung durch die Allgemeine Zeitung erklären lassen, daß der Antrag Heim zum § 11 des Zollgesetzes, wonach die Mehrerträgnisse aus dem Hungertarif für eine Arbeiterwitwenpension verwendet werden sollten, unannehmbar sei. Damit wird wohl zunächst die feierliche Erklärung des Reichskanzlers, daß der Zweck der Zolltarifreform kein finanzieller sei und die Mehreinnahmen aus den Lebensmittelzöllen zur Hebung der Wohlfahrtseinrichtungen im Reich verwendet werden sollten, förmlich desavouiert. Das finanzielle Bedürfnis hat sich stärker erwiesen als der demagogische Wohlthätigkeitsdrang, und das Versprechen des Reichskanzlers ist heute nur noch „ein Bonmot von gestern.“ Man wird ja wohl äußerlich den Widerspruch der beiden Erklärungen auszugleichen suchen; allein schließlich wird der Antrag Heim dasselbe parlamentarische Schicksal haben, das bei der Flottenvorlage im Jahre 1898 der Antrag auf Einführung einer Reichseinkommensteuer hatte: er wird als Resolution, d. h. als frommer Wunsch dem Zolltarif beigefügt werden, was natürlich nicht die geringste gesetzliche Wirkung hat. Es ist das die bekannte weiße Salbe, die abergläubischen oder hysterischen Kranken verordnet wird: sie hilft nicht und schadet nicht, weil sie ganz gehaltlos ist; aber sie hat doch eine suggestive und darum heilsame Wirkung für alle frommen Gemüter, die an ihre Wunderkraft glauben. Den Wucherköder des Centrums hat so sein verdientes Schicksal ereilt; er wird die Funktion eines parlamentarischen Amuletts ausfüllen, das alle selig macht, die daran glauben; eine kostbare Reliquie, die von den Charlatanen des Centrums als heilwunderkräftig ausgeschrieen werden wird. Und in diesem Handel werden den Centrumspfaffen ihre einschlägigen Erfahrungen zu gute kommen.

Im Borsäurekrieg sieht sich die Regierung von allen Seiten verlassen. Auch ihre getreuesten journalistischen Helfershelferscheinen einzusehen, daß hier eine Uebereiltheit oder ein Uebereifer der agrarischen Bureaukratie vorliegt, die nach allen Richtungen unhaltbar ist. Selbst die Kölnische Zeitung läßt sich jetzt von fachmännischer Seite schreiben, daß die formale Behandlung der Frage durch den Reichsgesundheitsrat ebenso wenig einwandfrei gewesen ist als die sachliche Begründung der Maßregel. Insbesondere war die Beschleunigung des Verbots aufgefallen, und die Regierung hatte diese damit zu rechtfertigen gesucht, daß der Beginn der Saisonarbeit in der Fleischindustrie unmittelbar bevorstand und die beteiligten Kreise das größte Interesse daran gehabt hätten, zu wissen, welche Mittel sie bei der für den nächsten Herbst und Winter bestimmten Ware anwenden dürften. Es dürfte ganz neu sein, bemerkt dazu die Kölnische Zeitung, daß im Frühjahr Fleischdauerwaren für den nächsten Herbst und Winter hergestellt werden; bis jetzt arbeitete diese Industrie im Winter für den Sommer und Herbst, und wenn sie den berechtigten Wunsch ausgesprochen hatte, daß Klarheit geschaffen werde, welche Mittel erlaubt und welche verboten sein sollten, so bezog sich dieser Wunsch auf die Gegenwart, nicht auf die Zukunft nach dem 1. Oktober 1902. Vergeht doch heute kein Tag, an dem nicht ein Urteil oder eine neue Anklage über die Konservierungsmittel bekannt wird. Es ist ferner bemerkenswert, daß in der veröffentlichten Begründung wissenschaftliche Gutachten für das Verbot angeführt sind, die erst im Laufe des Monats Februar in den medizinischen Zeitschriften veröffentlicht worden sind. Die Ausschüsse des Bundesrats haben am 11. Februar ihren Beschluß gefaßt, so daß es den verbündeten Regierungen durchaus unmöglich gewesen ist, sich über den wissenschaftlichen Wert dieser technischen Begründung ein Urteil zu bilden. Das Blatt weist schließlich darauf hin, daß die Verwendung von Borsäure oder Fleischpräparate mit Borsäure in keinem Lande der Welt sonst verboten seien.

Nun wird die Regierung ja wohl bald die Sprache finden müssen.

Der Fall Stietencron bewährt sich als einer der juristischen Wärmer, die nicht sterben können. Aus Colmar i. E. kommt die Nachricht, daß das Oberlandesgericht das Urteil des Landgerichts Zabern, wonach Stietencron an die Mutter und den Großvater des von ihm erschossenen Italieners Fozzi je eine vierteljährliche Rente von 30 Mk. auf Lebenszeit zu zahlen, aufgehoben und entschieden hat, daß Stietencron keinerlei Entschädigung zu zahlen habe.

Das Landgericht Zabern hatte auf Grund der Feststellungen des Kriegsgerichts erkannt, daß Stietencron die Notwehr überschritten habe und darum entschädigungspflichtig sei. Das Oberlandesgericht ist zu einer dem schießwütigen Baron günstigeren Auffassung gelangt, deren Begründung man abwarten müssen wird, ehe ein Urteil darüber möglich ist: Man muß die Justiz stets in ihrer ganzen Schönheit genießen, und dazu gehören stets auch die Gründe, mit denen sie ihre verblüffenden Urteile zu stützen weiß.

Der Gumbinner Militärprozeß kommt am 17. d. M. abermals zur Verhandlung. Die neue Verhandlung wird voraussichtlich noch umfangreicher werden, als die früheren. Während im August vorigen Jahres nur 104 Zeugen vernommen worden sind, sind diesmal 125 geladen. Der Vertreter der Anklage, ebenso wie die beiden juristischen Mitglieder des Gerichtshofs sind dieselben wie in der vorigen Verhandlung, die Offiziersrichter dagegen sind diesmal sämtlich aus Königsberg, d. h. die ein- für allemal bestellten ständigen Mitglieder des Oberkriegsgerichts. Die Verteidigung führen wie in den Vorinstanzen die Rechtsanwälte Burchardt und Horn.

Eine dunkle Geschichte. Bürgerliche Blätter verbreiteten gestern die Schauermär, daß in Düsseldorf ein italienischer Arbeiter Namens Fratoddi wegen dringenden Verdachts der Teilnahme an der Ermordung der Kaiserin von Oesterreich verhaftet worden sei. Nun stellt sich heraus, daß Fratoddi allerdings verhaftet worden ist, aber schon vor einem Monat; und aus Düsseldorf wird uns noch weiter berichtet, daß der Inhaftierte bisher, wie er in einem Brief an seinen Hauswirt geschrieben, noch nicht einmal verhört worden sei. Fratoddi bekennt sich in diesem Brief als Sozialdemokrat und weist darauf hin, daß er schon seit bald zwei Jahren in Deutschland sich aufgehalten habe und stets in Arbeit und in geordneten Verhältnissen gelebt habe. Früher ist er auf Betreiben der italienischen Regierung, die ihn als „gefährlichen Anarchisten“ denunzierte, aus der Schweiz ausgewiesen worden. Jetzt soll er festgehalten werden, weil die italienische Regierung angeblich seine Auslieferung verlangt habe. Unser Düsseldorfer Parteiblatt hat den Brief Fratoddis veröffentlicht, und es ist zu erwarten, daß die Justizbehörde sich jetzt der Sache annimmt.

Braunschweig, 9. April. Die hiesige Fleischerinnung hielt dieser Tage eine Generalversammlung ab, in der auch die Zustände auf der hiesigen Freibank einer Kritik unterzogen wurden. Durch diese Kritik wurde von fachmännischer Seite festgestellt, daß dort dem armen Volke eine Nahrung bisweilen zum Verkaufe angeboten wird, das man sonst durch Vergraben oder auf andere Weise vernichtet. Bei der Besprechung der Zustände im Schlachthofe bemerkte Fleischermeister Witte, es sei höchst bedenklich, daß das der Freibank überwiesene Fleisch so lange wie bisher in der Vorkühlhalle des Schlachthofes zwischen dem unbeanstandeten Fleisch hänge. Herr Witte will beobachtet haben, daß infolge des gerügten Uebelstandes die erwähnte Halle von einer Luft angefüllt gewesen sei, die nichts weniger als schön, um nicht zu sagen, pestartig war. Haltlos sei es auch, daß die Preisbestimmung des der Freibank zugewiesenen Fleisches allein dem Schlachthausdirektor obliege und kein Fleischermeister als Sachverständiger dabei mitzuwirken habe. Fleischermeister Schrader führte hinsichtlich des Betriebes der Freibank bittere Klage, da diese zum Mittelpunkt eines schwunghaften Handels mit minderwertigem Fleisch geworden sei, das aus einem Umkreis von mehr als zehn Meilen nach Braunschweig hereinströme, weil in den Nachbarstädten viel strengere Vorschriften für die Fleischeinfuhr beständen. Es sollen mitunter bis zu 80 Viertel des minderwertigen Fleisches am Lager sein und wenn man die Beschaffenheit des schließlich zum Verkauf gelangenden Fleisches aufmerksam betrachtete, so nötige diese vielfach Kopfschütteln ab. Die Versammlung beauftragt die Schlachthofdeputation, für die Beseitigung der gerügten Mißstände einzutreten. — Das minderwertige Fleisch, das anderwärts durch Vergraben vernichtet wird, verzehren natürlich nur die Arbeiter. Man kann daraus ermessen, wie in Braunschweig die Fleischnahrung vieler Arbeiter beschaffen sein muß.

X **München**, 9. April. Im Landtage, der gestern seine Arbeiten nach den Osterferien wieder aufnahm, kam heute der Etat der Leistungen der pfälzischen (Privat-) Bahnen zur Verhandlung. Die von einer Aktiengesellschaft betriebenen Pfalzbahnen liefern diesmal nicht nur keinen Ueberschuß an die Staatskasse ab, sondern beanspruchen noch einen Zinszuschuß von 400000 Mk. Seitens unserer Partei brachte wiederum Abg. Frz. Jos. Ehrhart die altbekannten Klagen gegen die privatkapitalistische Pfalzbahnwirtschaft zum Vortrag und behandelte insbesondere die Frage, welches das Schicksal der Bahnen nach dem Jahre 1904 sein werde, in dem der Fusionsvertrag mit dem Staate, der eine Zinsgarantie leistet, abläuft. Der Eisenbahnminister entgegnete, die Regierung behalte vor allem den Plan im Auge, die Bahnen für den Staat zu erwerben. Sollte das aber nicht möglich sein, so bleiben diese Privatbahnen. Von einer Angliederung aber an das Reich oder an die preußisch-hessische Eisenbahn könne keine Rede sein. Alle dahingehenden Bestrebungen seien vergeblich. — Dann spielte sich noch ein niedliches Intermezzo ab. Der Generaldirektor der Pfalzbahnen, Geheimrat v. Lavale, der als Regierungskommissar an den Verhandlungen teilnahm, antwortete dem Genossen Ehrhart, der ihm vorgeworfen hatte, er sei gegen die Arbeiterorganisation vorgegangen. Herr v. Lavale bemerkte, er sei grundsätzlich für die Arbeiterorganisation, weil sich mit organisierten Arbeitern viel besser verhandeln lasse. Mit den Arbeiterausschüssen habe man geradezu glänzende Erfahrungen gemacht; die Vertreter der Arbeiter seien stets taktvoll und bescheiden aufgetreten und man werde diese Einrichtung immer weiter ausdehnen. Allerdings habe er den Wortführer des Hamburger Verbandes, den Schlosser Profit, entlassen, weil dieser in einer öffentlichen Versammlung seine Vorgesetzten in unqualifizierbarer Weise beleidigt und verleumdet habe. Das habe er gethan, trotzdem Profit einer seiner tüchtigsten und befähigsten Arbeiter war, der nun zu seinem Leidwesen sich völlig der Agitation widme. Er mache aber einen Vorschlag: er wolle dem Abg. v. Vollmar die Akten über den Fall zur Verfügung stellen. Entscheide dieser, daß die Direktion im Unrecht ist, so werde er P. wieder einstellen. Im übrigen aber werde er Agitatoren und Elemente immer hinausfliegen lassen, die in den Versammlungen „hetzen“.

Also nach der theoretischen Anerkennung der Arbeiterorganisationen kommt sofort wieder das brutale „Herr im Hause“ heraus. Bezeichnenderweise fand Herr v. Lavale verständnisinnigen Beifall beim — Centrum.

Kleine politische Nachrichten. Graf Bülow ist in Wien eingetroffen und wird mit Graf Goluchowski konferieren. — Der im 85. Lebensjahre stehende Großherzog Adolf von **Luxemburg** hat infolge geschwächter Gesundheit den Erbgroßherzog zum Statthalter ernannt. Der Kammer ist dieser Tage die staatsrechtlich vorgeschriebene Mitteilung gemacht worden. — Der dänische Landsthing hat die geheime Beratung über die **Abtretung der dänisch-westindischen Inseln** beendet und den Berichterstatter gewählt. Der Landsthing hat sich in dieser Frage in eine Majorität von 35 Stimmen (Rechte Partei) und zwei Minoritätsgruppen von 20 (Linke Partei) und 10 (Abtrünnige Konservative) geschieden. Die Rechte Partei wird vorschlagen, daß die Entscheidung verschoben wird, bis eine Abstimmung unter den zum jetzigen Kolonialrat stimmberechtigten Bewohnern der Inseln stattgefunden hat. Die Linke Partei wird Annahme der Abtretung vorschlagen und die Abtrünnigen Konservativen würden die Annahme der Abtretung von der Bedingung abhängig machen, daß bei einer vorzunehmenden Abstimmung unter sämtlichen männlichen Bewohnern der Inseln sich eine Mehrheit für die Abtretung ausspricht.

Frankreich.

Der Papst und die Wahlen.

Der Vossischen Zeitung wird aus Paris berichtet:

Bischof Lacroix von Tatentaise erläßt bei seiner Heimkehr aus Rom an die Pfarrgeistlichkeit seines Bistums einen Hirtenbrief, worin er erzählt, der Papst habe für die Wahlen folgende Weisungen gegeben: Der Geistliche muß außer und über den Parteien bleiben; als Bürger hat er das Recht und die Pflicht, für den Kandidaten zu stimmen, der seines Erachtens dem Glauben wie dem Vaterland am besten dient, er darf aber seinen Einfluß nicht in den Dienst einer Partei stellen, da er sich sonst erfahrungsgemäß die Rache der Gegenpartei zuzieht; der französische Geistliche muß republikanisch wählen, jedoch republikanisch ohne Beiwort; raten sie also den Ihrigen, mein lieber Sohn, am Wahlkampf nur als Privatbürger teilzunehmen.

Der Papst bleibt seiner Politik auch in Frankreich treu; zwischen allen Parteien will er zu Nutz und Frommen der Kirche hindurchlavieren. Aber die französische Geistlichkeit ist seit Jahrzehnten zu sehr in die innere Politik der Republik hineinverwickelt, um die ihr empfohlene Enthaltsamkeit zu üben. Die Mahnung des Papstes, die offenbar eine Gefälligkeit für die Gefälligkeiten des Kabinetts Waldeck-Rousseau sein soll, wird selbstverständlich ein leeres Wort bleiben. Die Pfaffheit wühlt nach wie vor gegen die Republik.

Rußland.

Hunger und Typhus. — Reibungen in China.

Aus dem Zarenreiche kommen die bekannten Hiobsposten. Die Folgen des Notstandes in den von der Mißernte betroffenen Gouvernements treten immer deutlicher zu Tage. Außer Kasan, wo der Skorbut in entsetzlicher Weise wütet, herrschen besonders schlimme Zustände in Ufa (Wolgagebiet). Dort greift der infolge des Hungers hervorgerufene Unterleibstyphus immer weiter um sich, und alle Bemühungen, ihn einzudämmen, haben sich bisher als fruchtlos erwiesen. Daß der Typhus einen so großen Umfang annehmen konnte, liegt natürlich daran, daß von der zarischen Regierung nicht rechtzeitig Vorkehrungen dagegen ergriffen wurden. Bisher hat man nur in einzelne Kreise Aerzte und Krankenpfleger geschickt, die übrigen Teile des Gouvernements müssen sehen, wie sie mit der Seuche fertig werden. Aber auch dort sind die vom Roten Kreuze und durch private Mildthätigkeit zur Verfügung gestellten Mittel durchaus nicht genügend. Es sind drei besondere Abteilungen Aerzte und Krankenpflegerinnen aus Petersburg hingekommen, aber bei der großen Menge von Kranken ist das zu wenig. Auf diese Weise sieht man wieder, daß das gegenwärtige Elend womöglich größer als in früheren Jahren ist.

Wir empfehlen Herrn Loubet auf seiner künftigen Reise zum „teuren Alliierten“ einen Abstecher in die Wolgagegend zu machen. Als Baedecker in diesem unbekannten Lande mag ihm das Buch von Parvus und Lehmann dienen . . .

Dem Rußki Invalid zufolge machte nach einem Bericht des Stabschefs des Kwantunggebietes an den Generalstab eine 600 Mann starke Tschuntschusenbande am 26. März einen Angriff auf einen russischen Militärposten auf dem linken Ufer des Liaohe, zwanzig Werst von Alt-Niutschwang. Die Angreifer wurden zurückgeschlagen und verloren mehr als zwanzig Tote.

Auf russischer Seite fielen zwei Mann; der Chef des Militärpostens und vier Mann wurden verwundet. Die Räuberbande wird verfolgt.

Da haben wir wieder eine Illustration zu der neuesten „beruhigenden“ Note aus Paris, wonach den Zweibundmächten von erneuten Unruhen in China „durchaus nichts bekannt“ sei!

China.

Die Unterzeichnung des Mandschureivertrags.

Peking, 8. April. Offiziös wird gemeldet: Der russische Gesandte Lessar, Prinz Tsching und Wangwentschao haben heute nachmittag 4 Uhr den Mandschureivertrag unterzeichnet. Die Schlußparagraphen bestimmen, daß die Ratifizierung binnen drei Monaten zu erfolgen hat. Die Russen schlagen vor, sie wollten die Eisenbahn den Chinesen dann zurückgeben, wenn die Engländer die militärische Verwaltung der Eisenbahn in Tschili aufgeben. Der britische Gesandte verhandelt über eine Uebereinkunft mit dem Direktor der Eisenbahnen, nach der die britischen Interessenten an der Leitung der Bahn und an der Kontrolle von Einnahmen und Ausgaben nach der Wiederübergabe an die Chinesen in weitgehendem Maße beteiligt werden sollen.

Aus der Partei.

Der zehnte Sozialdemokrat ist in Spandau in die Stadtverordnetenversammlung gewählt worden. Bei der stattgehabten Ersatzwahl erhielt der sozialdemokratische Kandidat, Maschinenschlosser Paul Schmidt, 668 Stimmen, während auf seinen bürgerlichen Gegenkandidaten nur 120 Stimmen entfielen. Die ganze dritte Abteilung ist nunmehr in den Händen der Sozialdemokratie.

Lokalverweigerung zur Maifeier. Die Parteigenossen des Kreises Solingen beabsichtigten die diesjährige Maifeier in der von der Stadt angekauften Schützenburg abzuhalten. Der Pächter der Schützenburg hatte auch bereits zugesagt. Oberbürgermeister Dicke hat aber jetzt dem Pächter schriftlich mitgeteilt, daß die Schützenburg zur Abhaltung der Maifeier der sozialdemokratischen Partei nicht vermietet werden darf.

Hierzu zwei Beilagen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19020410/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

„Futomat."

Von heute an gelangen in unserem Restaurationsbetrieb unter sorgsamster Pflege folgende Biere zum Ausschank: [3370

Pilsener Urquell, Bürgerliches Bräuhaus Pilsen
Kulmbacher, erste Aktienbrauerei Kulmbach
Münchener Löwenbrau
Nürnberger Tucherbräu
Naumannsches Bier, hell und dunkel

pro Glas 10 Pfg.

„Futomat"

Ecke Grimmaische Strasse und Neumarkt.

Der 1. Mai

der Welt-Feiertag des internationalen Proletariats, rückt heran!

Rüstet zum Feste!

Arbeiter! Trefft Vorbereitungen, um diesen Tag würdig zu begehen, um zu demonstrieren für

Arbeiterschutz! Achtstundentag!

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Seger in Leipzig. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19020410/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Gemeinde-Zeitung.

Aus dem Stadtverordnetensaale.

(Sitzung vom 9. April 1902.)

In einer gemeinschaftlichen Sitzung des Rates und der Stadtverordneten wurden Vertrauensmänner in den Ausschuß zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen und einige Mitglieder der Ersatzkommission für Leipzig Stadt II vollzogen. Diese Sitzung dauerte nur wenige Minuten.

Nach Eröffnung der Sitzung der Stadtverordneten kommt ein Schreiben des Rats zur Verlesung, wonach dieser bei der Ablehnung einer gepflasterten Böschung vor dem Stadthause Beruhigung gefaßt, sich aber vorbehalten hat, nach Fertigstellung des neuen Rathauses auf die Sache zurückzukommen.

Ein Ratsschreiben, das sich auf die von den Stadtverordneten zu Conto 38, Straßen und Wege, gefaßten Beschlüsse bezieht, wird an den Oekonomieausschuß verwiesen.

Um Erholungsurlaub im Süden ersuchen die Stadtv. Dr. Limburger, Wappler und Pommer. Des letzteren Urlaubsgesuch ist aus Neapel eingelaufen.

In einem weiteren Ratsschreiben wird mitgeteilt, daß der Rat angesichts der Notwendigkeit, die Steuerzettel ausschreiben zu müssen, bei der für den ersten Steuertermin beschlossenen Erhebung von 70 Prozent des Normalsteuersatzes Beruhigung gefaßt habe; es sei aber nicht ausgeschlossen, daß beim zweiten Termin eine höhere Steuerquote werde erhoben werden müssen.

Es wird in der Etatsberatung fortgefahren. Beim Specialbudget Johanniskhospital wünscht Stadtv. Gangloff bessere Einfriedigung der Gärten im Johannisthale. Stadtv. Dietering betont die Notwendigkeit, den Hauptweg des Johannisfriedhofs besser herzustellen, und wünscht, daß die südliche Pforte des Friedhofs das ganze Jahr über geöffnet bleibe. Auch schände die Friedhofsmauer an der Linnéstraße den ganzen Friedhof. Der Rat möge doch endlich einmal den schon früher gegebenen Anregungen nähertreten.

Stadtrat Esche antwortet, der jetzige Anblick der Friedhofsmauer sei kein so schlimmer, er biete wenigstens einige Abwechslung. Die Oeffnung der Südpforte im ganzen Jahre würde die Anstellung eines neuen Beamten und die Errichtung eines neuen Wärterhauses notwendig machen.

Stadtv. John kritisiert die teilweise ungenügende Lieferung von Heizmaterial in der Filiale des Johannishospitals an der Riebeckstraße; in dem neuen Anbau seien einige kleine Zimmer, deren Benutzung sogar gegen das Schlafstellenregulativ verstoße.

Stadtrat Esche erwidert, die Zimmer in der Filiale an der Riebeckstraße seien unter den Insassen verlost worden. Einige kleine Zimmer würden freigestellt werden, wenn für die betr. Insassen andere Wohnräume frei werden würden.

Stadtv. Schönherr: Das Aussehen der Mauer an der Linnéstraße sei nicht nur schlecht, sondern miserabel. Würde sie sich im Privatbesitz befinden, so würde die Baupolizei schon längst Abhilfe angeordnet haben. Auch dieser Redner tritt ebenfalls für die dauernde Oeffnung der Südpforte des Friedhofs ein. Im Johannishospital finde man eine wahre Musterkarte alter Stakete.

Stadtv. Landgerichtsdirektor Siegel bringt einen formellen Antrag für die Oeffnung der Südpforte des Friedhofs auch im Winter ein, der einstimmig angenommen wird. Im übrigen wurde das Specialbudget genehmigt.

Die Inventur des Stammvermögens vom 31. Dezember 1897 und die Rechnungsabschlüsse des Stammvermögens auf die Jahre 1898 und 1899 wurden genehmigt. Aus den Mitteilungen des Berichterstatters ging hervor, daß in den genannten beiden Jahren für 7 Millionen Mark Areal mit einem Gewinn von 6 Millionen Mark veräußert worden ist. Die Schulden der Stadt haben sich nur um 2 Millionen Mark vermehrt, obwohl für 8 Millionen Mark Anleihen begeben wurden. Ohne die Bestände der verschiedenen Fonds der werbenden Unternehmungen ꝛc. wird das Vermögen der Stadt auf 33 Millionen Mark beziffert, das bedeutet eine Vermögenszunahme von 5 Millionen Mark.

Beim Conto Wohlfahrtspolizei führte Stadtv. Dr. Fritzsche Klage über die Verzögerung einer beantragten Wohnungsdesinfektion.

Ihm antwortete Stadtrat Dr. Schmid, daß ihm eine Beschwerde über die wohl durch Arbeitsüberbürdung der Desinfekteure eingetretene Verzögerung nicht zur Kenntnis gekommen sei, sonst würde er für Abhilfe gesorgt haben. Er wolle übrigens bei dieser Gelegenheit mit betonen, daß die Wohlhabenderen die Desinfektionen bezahlen müßten, während für Aermere die Desinfektionen unentgeltlich ausgeführt werden können. Das Conto wird genehmigt. Hervorzuheben ist noch, daß die Benutzung der Brausebäder im vorigen Jahre nachgelassen hat.

Ohne Debatte wird das Specialbudget der Heilanstalt Dösen genehmigt.

Für Reparaturen am alten Irrensiechenhausgrundstück werden 500 Mk. nachverwilligt und dabei der Rat ersucht, baldigst eine Vorlage über die Verwendung des ganzen Komplexes des Irrensiechenhauses an die Stadtverordneten gelangen zu lassen.

Für die Einführung der Wasserleitung in die Friedrich August-Straße zwischen der Karl Heine-Straße und dem Finzelschen Grundstück in Plagwitz werden 654 Mark, in die Wasserturmstraße in Stötteritz auf der Strecke zwischen der Christian Weiße- und Schulstraße werden 1065 Mk., in die Straßen der Petzscher Mark zwischen der Berliner und Theresienstraße, sowie zwischen der Wittenberger und Hamburger Straße 23 115 Mk. bewilligt.

Die Befestigung der Fußwege in der Pegauer Straße zu Connewitz entspricht nicht dem § 22 der Bauordnung. Unter Gewährung der üblichen Entschädigungen an die betr. Hausbesitzer sollen diese zur Aenderung angehalten werden.

Für Versetzung von Bäumen in der Kanal- und Blumenstraße sowie im Kirchwege in Eutritzsch werden 959 Mk., zur Anpflanzung von Bäumen in der Straße B in Neuschleußig 2550 Mk. verwilligt.

Eine Eingabe der Steinsetzer und Berufsgenossen um Uebernahme der städtischen Pflasterarbeiten in eigene Regie soll nach dem Antrage des Oekonomieausschusses auf sich beruhen bleiben. Zwar sei im Ausschuß gesagt worden, daß der im Jahre 1887 in der Sidonienstraße mit der eigenen Regie gemachte Versuch ein schlechtes Ergebnis gehabt habe, nicht wegen der eigenen Regie an sich, sondern wegen der damaligen Leitung. Die Petenten hielten die Unternehmergewinne für überflüssig; die Mehrheit des Ausschusses sei aber der Ansicht gewesen, daß die dabei interessierten 15 Unternehmer gute Steuerzahler seien und deshalb in ihren Erwerbsverhältnissen nicht beeinträchtigt werden sollten.

Stadtv. Jacob: Niemand könne behaupten, daß die Stadt durch die öffentliche Ausschreibung Vorteil habe. Durch zu billige Veranschlagungen schädigten die betr. Unternehmer nicht nur sich, sondern zuweilen auch die Materiallieferanten. Wie auf die Vergebung von Arbeiten hingewirkt werde, habe die Angelegenheit Blum erwiesen. Durch die Submissionen würden nur die Voranschläge unsicher; jede Berechnung werde illusorisch gemacht. Wenn Maurer in städtischen Gebäuden jahraus jahrein ständig beschäftigt würden, so sollten diese von der Stadt selbst bestellt werden; die Stadt werde dabei Ersparnisse erzielen. Der früher mit der Regiearbeit gemachte Versuch sei so angelegt gewesen, daß das erzielte schlechte Ergebnis eintreten mußte. Es sei so gewirtschaftet worden, um die Regiearbeit zu diskreditieren. Antreibereien lassen eine gute Ausführung nicht erwarten. Redner beantragt, die Petition der Steinsetzer zur Berücksichtigung zu überweisen.

Stadtbaurat Franze: Wenn die Solidität der unter dem jetzigen System ausgeführten Arbeiten angezweifelt worden sei, so müsse er darauf verweisen, daß die Stadt bei der Regiearbeit auf dieselben Leute angewiesen sei. Guter Wille und Geschicklichkeit sei für gute und schnelle Ausführung die Voraussetzung; ob sie vorhanden, lasse sich nur im einzelnen Falle beurteilen.

Stadtv. Seyferth behauptet, die Petition der Steinsetzer enthalte ungeheuerliche Verleumdungen eines ehrenwerten Standes. Eine Behauptung der Petition sei eine Infamie. Er habe sich bei den hiesigen Steinsetzmeistern erkundigt und erfahren, daß alles ganz anders sei, als es die Petition behaupte. Was für andere Städte ein Vorteil sei, sei für uns noch lange nicht maßgebend. Nach den Steinsetzern könnten ja dann auch die Maurer mit der Forderung der Regiearbeit kommen. Das hieße dann doch die Unternehmer ganz von den städtischen Arbeiten ausschalten. Diese bezahlten doch Steuern und die vielen Kassenbeiträge für die Arbeiter.

Stadtv. Frenzel: In der Bürgerschaft verstehe man es nicht, daß die Stadt nicht schon längst, wie es andere Städte gethan, mit der eigenen Regie begonnen habe. Die Stadt sei doch nicht dazu da, den Unternehmern die Existenz zu garantieren; sie habe vielmehr in erster Linie das Interesse der Gesamtheit zu wahren.

Stadtv. Lange: Er wolle Herrn Seyferths Fachkenntnis bezüglich der Einwirkung des Straßenpflasters auf die Haltbarkeit der Fußbekleidung nicht in Zweifel ziehen, von der Herstellung der Straßen verstehe er aber offenbar nichts. Die Gutachten bedeutender Fachmänner und auswärtiger städtischer Beamten, die zu Gunsten der eigenen Regie lauten, stammten doch nicht von obskuren Persönlichkeiten. Im übrigen sei es auch gerichtsnotorisch, daß städtisches Material versehentlich auf die privaten Werkplätze der Unternehmer gefahren worden sei.

Stadtbaurat Franze: Ihm seien „nur" zwei Fälle, wie sie der Vorredner zuletzt erwähnt, bekannt geworden. Die Staatsanwaltschaft habe ein Versehen angenommen und das Strafverfahren nicht durchgeführt. Der Wiederholung solcher Fälle sei durch neue, vom Rate erlassene Vorschriften vorgebeugt worden.

Der Ausschußantrag wurde gegen 11 sozialdemokratische Stimmen angenommen. Damit war der Antrag Jacob erledigt.

Eine lebhafte Debatte verursachte auch die Petition um Beseitigung des Fünftelabzuges der Gemeindeeinkommensteuer für Festbesoldete. Verfassungs- und Finanzausschuß beantragen mit 9 gegen 7 Stimmen: Das Kollegium wolle an die Regierung den Antrag bringen, daß § 30 der Revidierten Städteordnung beseitigt werde, daß jedoch zu Gunsten derjenigen, die den Fünftelabzug bei Eintritt der Gesetzesänderung genießen, angemessene Uebergangsbestimmungen getroffen werden.

Der Referent Rechtsanwalt Dr. Schnauß führte aus, daß der Fünftelabzug der Festbesoldeten in den letzten Jahren einen Ausfall von mehr als 300 000 Mk. für die Stadtkasse hervorgerufen habe. Ein ungefähr gleich hoher Ausfall werde noch eintreten, wenn der Fünftelabzug auch den im Wochenlohn oder im Tagelohn beschäftigten Arbeitern gestattet werde. Darüber, ob der Abzug billig oder unbillig sei, sei die Meinung in den Ausschüssen geteilt gewesen. Gegen den Abzug des Fünftels seitens der Arbeiter sei im Ausschuß grundsätzlich geltend gemacht worden, man dürfe eine Ungerechtigkeit nicht ausdehnen, sondern müsse sie beseitigen.

Stadtv. Kanzleirat Jähne spricht gegen den Ausschußantrag; die Beamten müßten sich ihrer Haut wehren. Sie hätten wohlerworbene Rechte zu verteidigen.

Stadtv. Landgerichtsdirektor Siegel verteidigt in langen Ausführungen ebenfalls den Fünftelabzug, während Stadtv. Pollender in dem jetzigen Zustande eine indirekte Aufforderung an die Nichtfestbesoldeten erblickt, bei ihrer Steuerdeklaration sich zu niedrig einzuschätzen.

Für den Ausschußantrag sprachen noch die Stadtv. Böhme, Schmidt, Nyssel, Hugo Seyferth und Kleemann, welch letzterer nachdrücklich darauf verwies, daß der Fünftelabzug für Festbesoldete nicht nur eine große Ungerechtigkeit gegenüber den Gewerbetreibenden, sondern auch gegenüber den Arbeitern bedeute, denen ihr Einkommen auf Heller und Pfennig nachgerechnet werde.

Bei der Abstimmung wurde der Ausschußantrag mit allen gegen 16 Stimmen angenommen.

Die übrigen Gegenstände wurden von der Tagesordnung abgesetzt.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 10. April.

Der Schutzverband für Handel und Gewerbe, der bekanntlich die Leipziger Konsumvereine wegen angeblicher sozialdemokratischer Tendenzen bei der Kreishauptmannschaft denunzierte, ist mit dem Erfolge seiner Angebereien zwar nicht ganz zufrieden, immerhin glaubt er aber, „dem Mittelstande durch sein Vorgehen einen großen Dienst erwiesen zu haben". Der Schutzverband ist stolz auf seine Thaten und will nochmals an Regierung und Landtag eine Eingabe um Einführung einer landesgesetzlichen Umsatzsteuer richten. Hoch erfreut zeigten sich die Konsumvereinstöter über ein Schreiben der Leipziger Gewerbekammer, wonach sich diese auch nach dem Erscheinen der bekannten Regierungsdenkschrift für eine Umsatzsteuer ausspricht. Die Gründe der Denkschrift gegen ein solches steuerliches Monstrum ziehen bei den Mittelstandsrettern nicht. Die am

Kleine Chronik.

Leipzig, 10. April.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater geht am Freitag Sudermanns Drama Es lebe das Leben in Scene. Die Rolle des Prinzen Usingen spielt Herr Heyse vom Stadttheater in Barmen als Gast. — Im Alten Theater wird die Operette Das süße Mädel gegeben.

Am Sonnabend beginnt im Neuen Theater die kgl. preußische Kammersängerin Frau Lilli Lehmann-Kalisch ihr Gastspiel als Donna Anna im Don Juan. Das zweite Gastspiel der berühmten Sängerin findet am Dienstag den 15. April als Brünhilde in der Götterdämmerung statt. Billets für das zweimalige Gastspiel der ausgezeichneten Künstlerin sind täglich im Vorverkauf von 10 bis 3 Uhr an der Tageskasse des Neuen Theaters zu entnehmen.

Für Sonntag ist das Repertoire wie folgt entworfen: Im Neuen Theater gelangt Cherubinis Oper Der Wasserträger zur Aufführung, welcher Mascagnis Sicilianische Bauernehre folgt. — Im Alten Theater wird nachmittags ½3 Uhr für den Leipziger Arbeiterverein Hebbels Maria Magdalena gegeben. Abends ist die Operette Das süße Mädel angesetzt.

Neues Theater. Der XVII. akademische Theaterabend, der uns Schillers Räuber brachte, bereitete uns verschiedene Ueberraschungen. Erstens spielte Matkowsky, den ein Communique aus dem Theaterbureau krank gemeldet hatte, den Karl doch noch, zweitens trat für Frau Rosa Poppe, die wegen eines schweren Krankheitsfalles in der Familie hatte absagen müssen, ihre Kollegin Elfriede Mahn vom kgl. Schauspielhaus in Berlin hier und drittens dauerte die Vorstellung, die „nach 10 Uhr" hätte zu Ende sein sollen, glücklich bis fast ½12 Uhr. Diese Aufführung mit Hindernissen empfing ihre Signatur durch die drei Berliner Gäste, die nicht bloß durch viele Hervorrufe, sondern auch durch wagenradgroße Lorbeerkränze und verschwenderischen Blumenschmuck ausgezeichnet wurden; das vielbegehrte „Gemüse des Ruhms" war an diesem Abend ziemlich wohlfeil. Bei allem Unstern war aber doch viel Glück. Daß Matkowsky halsleidend gewesen war, zwang ihn zur Schonung seiner phänomenalen, aber gerade dadurch zur Uebertreibung und zum Mißbrauch verleitenden Stimmmittel und sein Spiel gewann dadurch, daß er ihnen Sordinen aufsetzen mußte, da ihm für die Höhepunkte der Darstellung Fülle und Wucht genug zur Verfügung blieben. Im Anfang versprachen übrigens Maske und Kostüm einen originelleren Karl Moor, als wir später zu sehen bekamen; das anfänglich überstürzte und darum unverständliche Sprechen verschwand später. Am imposantesten war der Gast und am echtesten war seine Leidenschaft, als er den Befehl zur Ergreifung seines Bruders erteilte; wo er lyrische, weiche Töne finden sollte, vermochte er nichts zu bieten, was über die Bühnenschablone hinausging und bewegte sich nicht ohne Anstrengung in ausgefahrenen Gleisen. Max Grubes Leistung als Franz Moor zollen wir gern ein uneingeschränktes Lob; er ist zweifellos ein größeres und tieferes Talent als sein Kollege, und sein feineiseliertes Spiel riß namentlich da, wo die pathologischen Störungen beginnen, zur lebhaften Bewunderung hin; hier hatte er eine Menge wohl durchdachter und der Wirklichkeit nachgebildeter Nüancen, ebenso da, wo er, berauscht durch den Erfolg wohl noch mehr als durch den Wein, die Maske fortwirft und bei Amalia die Früchte der Intrigue zu pflücken sucht, die dem Vater und dem Bruder gegenüber so glänzend gelungen ist. Der glatte, schmeichelnde Heuchler wollte ihm nicht so recht glücken; an dieser Klippe muß der Darsteller beinahe scheitern, und er wird um so sicherer scheitern, je mehr er das Zeug für den teuflischen Bösewicht besitzt, dem das ganze Leben nur ein egoistisches Rechenexempel ist. Elfriede Mahn war eine der besten Amalien, die wir je gesehen haben; schon das Kostüm, in dem sie die Scene betrat, war ein Kabinettstückchen und ebenso fand sie die Accente für die idealistisch-schwärmerische, überstiegene Empfindsamkeit dieser jugendlichen Traumgestalt; andererseits war die Art, in der sie Franz mit dem Degen zu Leibe ging und ihn vor sich her trieb, respektabel energisch und ihr entsetztes Aufschreien an der vermeintlichen Leiche des alten Moor blieb in ihrem Vollklang eine gute Weile im Ohr haften. Es ist unmöglich, eine Schauspielerin nach einer Rolle zu beurteilen, die so wenig innere Wahrheit besitzt und so abstrakt gedacht ist; wir würden uns aber nicht wundern, wenn sie auch in anders gearteten Rollen Treffliches böte und wir würden ihr gern wieder begegnen. Die untergeordneten Rollen waren meist nicht besser besetzt, als dies an Bühnen mittleren Ranges der Fall zu sein pflegt; eine gute Anzahl derselben haben wir schon viel besser verkörpert gesehen. Wir meinen hier besonders die Magistratsperson (muß diese ein Mönch sein?) und den Kosinsky; am ehesten verdienen der alte Moor Starckes und der Schweizer Gürtlers eine besondere Erwähnung; der Spiegelberg Tiedtkes war von Haus aus zu sehr Galgenvogel und es ist entschieden unglaubwürdig, daß Karl sich vor seinem Eingehen auf die abenteuerliche Idee, die aus den Fugen gegangene Welt durch eine Räuberbande in den böhmischen Wäldern wieder einzurenken, in solcher Gesellschaft bewegt hat.

In dieser Besetzung also, nur mit Rosa Poppe statt Elfriede Mahn, will man eine Tournée antreten. Die Kostümierung der Räuber ließ sehr zu wünschen übrig. Der Gesang des Räuberliedes klang dünn — hier hätten die akademischen Bürger etwas mehr ins Zeug gehen können. Alles in allem ein interessanter Theaterabend und begreiflich, daß die große Zahl der Besucher (es war fast kein Platz freigeblieben) zum allergrößten Teil heroisch weit über die gewöhnliche Zeit hinaus aushielten. R. L.

= **Die Weber im Albert-Theater.** Die erste Vorstellung des Meßthaler Ensembles, die am Sonntag den 13. April stattfindet, und bei welcher G. Hauptmanns Weber in Scene gehen, bringt auch ein interessantes Gastspiel, nämlich das der Frau Rosa Bertens vom Deutschen Theater in Berlin. Die Künstlerin spielt die Rolle der Luise. Die übrigen Hauptrollen liegen in den Händen der Damen Frl. Lesten, Frl. Margot, sowie der Herren Herbig, Landa, Knaak, Martini, Rippert und Schneider.

Humoristisches.

Noch ein jüdischer General! Herr Amschel Diamantspalter, ein Freund unseres Blattes, schreibt uns: „Sehr geehrte Redaktion! Se werden ferzaien, wenn auch mir is eingefallen ein großer jüdischer General, wo sugleich is gewesen König von England — der Richard Löwenherz." (Münchener Jugend.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19020410/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Dienstag abend abgehaltene Versammlung beschloß, auch in diesem Jahre dem für die Stadtverordnetenwahlen bestehenden Bürgerwahlkomitee (Hausagrarier und Anhängsel) wieder beizutreten.

Der „Fall Kästner". Der Vorwärts hatte kürzlich einen von uns nachgedruckten Brief veröffentlicht, worin ein Anonymus mitteilte, daß ein Herr Kästner aus Leipzig, der Anfang Juli 1887 einen Geldbrief mit 25150 Mk. in Berlin zur Post gab, adressiert an seine Frau in Leipzig, unschuldig wegen versuchten Betruges verurteilt worden sei. Wenn in dem Briefe bei der Eröffnung nur leere Konzeptbogen gefunden worden seien, so sei nicht Kästner der Schuldige gewesen, sondern der anonyme Briefschreiber habe seiner Zeit das Geld herausgenommen und Kästner sei unschuldig wegen versuchten Betruges in Verdacht gekommen und verurteilt worden. Dem anonymen Briefe war ein Geldbetrag von 500 Mk. beigeschlossen, welchen der Briefschreiber dem zu ermittelnden Kästner als Sühne auszuhändigen ersuchte. Die Dresdener Zeitung ist nun in der Lage gewesen, über den „Fall Kästner" zwei ausführliche Artikel zu veröffentlichen, aus denen kurz folgendes hervorgehoben werden muß. Nach den Angaben des Dresdener Blattes war der Kaufmann Gustav Adolf Kästner, geboren am 8. August 1840 in Niederossig (Kreis Delitzsch), von 1873—1878 Teilhaber einer Hufeisenfabrik in Leipzig-Plagwitz, aus der er damals als Schuldner seines Compagnons Götzes ausschied. In dem letztgenannten Jahre 1878 (nicht 1887, wie der Anonymus angiebt) ereignete sich nun der Vorfall mit dem ominösen Geldbriefe. Kästner ließ denselben am 6. Juli 1878 durch einen Inspektor Schulz zur Post geben. Als sich bei der Oeffnung des Briefes nur Konzeptpapier vorfand, strengte Kästner eine Schadenersatzklage gegen den Reichspostfiskus an. Die mit peinlichster Gewissenhaftigkeit geführte Untersuchung ergab mit Ausschluß eines jeden Zweifels, daß es sich um ein von Kästner in Scene gesetztes Betrugsmanöver handelte und Kästner wurde am 27. November 1879 von der II. Strafkammer des Landgerichts I zu Berlin des versuchten Betruges für schuldig befunden und zu zwei Jahren Gefängnis, sowie Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Nach Verbüßung seiner Strafe wandte sich Kästner nach Dresden. Aus der Zeit seines dortigen Aufenthaltes ist zu erwähnen, daß Kästner sich im Jahre 1891 bei der Gesellschaft Viktoria gegen Unfall versicherte, kurze Zeit darauf angeblich einen Unfall erlitt und daß es ihm damals gelang, von der Gesellschaft eine Abfindungssumme von zusammen 13000 Mk. zu erlangen. Im Jahre 1897 versicherte sich Kästner von neuem mit je 30000 Mk. bei den Gesellschaften Urania in Dresden und Viktoria in Berlin gegen Unfall. Wenige Tage nach Abschluß der Versicherung „verunglückte" Kästner wiederum. Mit seinem Anspruch gegen die Urania wurde er abgewiesen, der Prozeß gegen die Viktoria schwebt noch.

Mit der Ruhezeit der Angestellten im Gastwirtsgewerbe sind die Gastwirte sehr unzufrieden. Es soll dem Bundesrat eine Denkschrift überreicht werden, in der über die jüngst in Kraft getretene Bundesratsverordnung verschiedene Ansichten und Wünsche geäußert werden sollen. Der Vorsitzende des Bundes Deutscher Gastwirte (Sitz Leipzig) empfahl, in derselben Richtung auch bei den Staats- und Lokalbehörden vorstellig zu werden.

Postwertzeichen. Im Reichspostgebiet und in Württemberg werden jetzt nur noch Postwertzeichen mit der Inschrift „Deutsches Reich" ausgegeben. Die bisherigen Reichspost- und württembergischen Postwertzeichen sind mit Ende März außer Kurs gesetzt worden; doch haben die Postanstalten Anweisung erhalten, Sendungen mit alten Postwertzeichen bis auf weiteres nicht in der Beförderung aufzuhalten und auch nicht mit Nachtaxe zu belegen. Immerhin liegt es im Interesse des Publikums, möglichst die richtigen (neuen) Postwertzeichen zu verwenden. Die in den Händen des Publikums noch vorhandenen alten Postwertzeichen werden bis Ende Juni d. J. an den Postschaltern und von den Landbriefträgern gegen neue Postwertzeichen umgetauscht.

Fleischbeschau. Die Amtshauptmannschaft Leipzig giebt bekannt: Der Laienfleischbeschauer Otto Trog aus Knauthain ist nach § 18 des Gesetzes vom 1. Juni 1898, die Einführung einer allgemeinen Schlachtvieh- und Fleischbeschau betreffend, und § 13 des Gesetzes vom 10. März 1893, Maßregeln zum Schutze gegen Trichinenkrankheiten bei den Menschen betreffend, von der Berechtigung zur Ausübung seines Dienstes als Laienfleischbeschauer und Trichinenschauer ausgeschlossen worden.

Wegen Arbeitslosigkeit erhängte sich gestern ein 40jähriger Arbeiter in seiner in Schleußig gelegenen Wohnung.

Tot aufgefunden wurde heute früh im Hofe des Grundstückes Simsonstraße 11 eine aus Schkeuditz gebürtige, 67 Jahre alte Witwe, die durch einen tödlichen Sturz aus einem Fenster ihrer Wohnung, die sich im 3. Stocke des angrenzenden Grundstückes Grassistraße 23 befindet, ums Leben gekommen ist. Der Leichnam der Unglücklichen, die zu Schwermut geneigt hat, wurde polizeilich aufgehoben.

Schwer verunglückt ist gestern abend in der zehnten Stunde im Bereich des Berliner Bahnhofs der in Schönefeld wohnende, 24 Jahre alte Rangierer Drubig aus Seegeritz. Der Unglückliche blieb nach dem Zusammenkoppeln zweier Wagen beim Hervortreten in einem sogenannten Herzstück hängen, so daß ihm die Räder des nachlaufenden Wagens über den linken Unterschenkel gingen. Der Verunglückte wurde nach Anlegung eines Notverbandes in das Krankenhaus übergeführt.

Feuer wurde vergangene Nacht in der dritten Stunde aus der Mendelssohnstraße gemeldet. Es war dort im Kinderschlafzimmer einer Wohnung, vermutlich infolge unvorsichtigen Aufstellens einer Petroleumlampe, ein Bett in Brand geraten. Die Feuerwehr hat die Gefahr alsbald beseitigt. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Kleine Polizeinachrichten. Ein schon öfters bestrafter 52 Jahre alter Buchhalter aus Brandenburg unterschlug seinem Prinzipal, einem in der Nordvorstadt wohnenden Eisenhändler, einen Geldbetrag von 170 Mk. und entfernte sich damit. Jetzt hat sich der unehrliche Mensch selbst der Polizei gestellt.

In Haft genommen wurde ein 24 Jahre alter Former aus Lindenau, der seinem Schlafkollegen Uhr und Kette stahl und beides verkaufte.

Ein 23 Jahre alter Anstreicher aus Halle stahl einem hier wohnenden Dienstmädchen die Uhr und verkaufte sie weit unter dem Werte an einen ebenfalls aus Halle gebürtigen 30 Jahre alten Barbier. Beide, der Dieb wie der Hehler, sind in Haft genommen worden.

In einer Fabrik in L.-Eutritzsch hat sich ein 26 Jahre alter Heizer fortgesetzter Metalldiebstähle schuldig gemacht. Der Wert des gestohlenen Metalls, das er durch Verkauf zu Gelde machte, beläuft sich auf mehrere Hundert Mark. Der Dieb wurde zur Verantwortung gezogen.

Zwei Arbeitsburschen im Alter von 17 und 18 Jahren machten sich in einer hiesigen Buchhandlung, wo sie in Arbeit standen, der Entwendung einer größeren Anzahl Bücher schuldig und wurden deswegen der Polizei zugeführt.

Wie bereits gemeldet wurde, ist am 1. d. M. am Georgiring ein 84 Jahre alter Mann von einem Droschkengeschirr überfahren worden. Dem Verunglückten hat ein unbekannter Mann Beistand geleistet; der Kriminalpolizei wäre sehr erwünscht, daß sich dieser Mann umgehend als Zeuge meldet.

Von einem Wagen sind während der Fahrt von der Oststraße in L.-Lindenau nach der inneren Stadt drei Stück Otterfelle im Werte von 240 Mk. gestohlen worden.

Der Krieg in Südafrika.

Ueber die Verhandlung gegen Kruitzinger

berichtet Reuters Bureau aus Graafreinet in Kapland. Das Verhör Kruitzingers begann am 3. April. Kruitzinger war wegen Mordes eingeborener Kundschafter angeklagt. Die Beschuldigung, daß er einen Eisenbahnunfall verursacht habe, wurde zurückgezogen. Durch Zeugenaussagen wurde festgestellt, daß Leute von Kruitzingers Kommando unbewaffnete Kundschafter erschossen hätten; ein von Kruitzinger gefangengenommener Kundschafter sagte jedoch aus, daß man ihn gut behandelt und später freigelassen habe. Die Zeugenvernehmung wurde am 4. April geschlossen. Der Anwalt des Beschuldigten stellte keine Fragen.

Zur Friedensaktion.

Der Handelsminister Balfour hielt in Leeds eine Rede, in der er erklärte, Verhandlungen im eigentlichen Sinne des Wortes würden zur Zeit in Südafrika nicht geführt. Die Burenführer hätten einfach um die Erlaubnis nachgesucht, zusammenkommen zu dürfen, um über die Einstellung der Feindseligkeiten beraten zu können. Ob die Burenführer irgend ein Anerbieten machen würden, könne er, Redner, nicht sagen; noch weniger könne er sagen, ob ein solches Anerbieten, wenn es gemacht werden sollte, befriedigender Natur sein würde; er selbst sei nicht sehr zuversichtlich.

Präsident Steijn

leidet an einer Augenkrankheit, durch welche er mit Erblindung bedroht ist.

Eine Verrätertruppe.

Mit Genehmigung Kitcheners bildet Piet Dewet, ein Bruder des Burengenerals, früher Generalkommandant des Freistaates, ein Burencorps in englischen Diensten im Gebiete des Oranje-Staates. Wer sich dem Corps anschließt, erhält besondere Beihilfen für die Rückkehr auf die Farm nach Schluß des Krieges.

Soziale Rundschau.

Volkswirtschaftliches.

W. **Neue Profite der Grubenbesitzer.** Schwientochlowitz, 9. April. Lohnkürzungen auf den oberschlesischen Werken werden mit allen möglichen und unmöglichen „Gründen" durchgeführt. Auf der hiesigen Eintrachtshütte (gehörig der Vereinigten Königs- und Laurahütte, Aktiengesellschaft zu Berlin) wurde den Arbeitern, die Unfallrente erhalten, in einer besonders für sie angeordneten Versammlung angekündigt, daß ihre Löhne um die Beträge ihrer Unfallrenten gekürzt werden würden! Also Aufhebung der Unfallrente und neuer Profit der Unternehmerschaft aus der Krise und den Unfällen der Arbeiter!

Der Geschäftsbericht der Königin-Marienhütte zu Cainsdorf für 1901 geht auf die mißlichen Verhältnisse ein, die die im Dezember v. J. von der Generalversammlung beschlossene Rekonstruktion zur Notwendigkeit machten. Dem Stocken der Nachfrage an Hüttenerzeugnissen und dem Preisfall derselben standen teuere Abschlüsse von Rohmaterialien gegenüber. Der mangelnde Absatz nötigte das Werk zur Aufnahme von Bankkrediten bis zur Höhe von 1 900 000 Mk. Das Geschäftsjahr 1901 weist einen Rohgewinn von nur 26 000 Mk. auf, dem 556 652 Mk. an Unkosten gegenüber standen, so daß ein Verlust von 530 647 Mk. und unter Hinzurechnung von 200 000 Mk. Abschreibungen ein solcher von 730 647 Mk. resultierte. Durch die Rekonstruktion ist die Unterbilanz beseitigt, während zugleich eine außerordentliche Abschreibung auf Hüttenwerte in Höhe von 700 000 Mk. und die Reservestellung von 134 600 Mk. ermöglicht wurde. Bezüglich der Lage des Werkes und der Aussichten bemerkt der Geschäftsbericht folgendes: Die Neuanlage im Walzwerk arbeitet gut; mit der Maxhütte wurde ein neuer bis Ende 1904 gültiger Vertrag abgeschlossen, nach dem sich die Königin-Marienhütte verpflichtet, zu Preisen in gleitender Skala ein bestimmtes Quantum Blöcke abzunehmen, während die Maxhütte sich verpflichtet hat, bis zu diesem Zeitpunkt kein neues Stabeisenwerk in Sachsen in Betrieb zu setzen. Die beiden Gießereien der Königin Marienhütte seien veraltet. Die Maschinenbauwerkstätte leide seit Schluß des Jahres an Auftragsmangel. Die Brückenbauwerkstätte sei für längere Zeit, wenn auch zu niedrigen Preisen, mit Arbeit versehen. Die Thonziegelei arbeite eingeschränkt, aber mit Nutzen. Im ganzen berechtige die augenblickliche Geschäftslage zu der Annahme, daß der tiefste Stand der Preise in der Eisenindustrie überwunden ist.

Sozialpolitisches.

Ein Arbeiterbudget. Aus Calberfeld geht dem Gothaischen Volksblatt von einem Arbeiter mit einer fünfköpfigen Familie folgender Abschluß eines Haushaltsbudgets für das Jahr 1901 zu:

Die Einnahme besteht in einem Jahresverdienst von 725.20 Mk. Dem stehen gegenüber folgende

Allgemeine Ausgaben:

	Mark
Für Material zur Arbeit	143.84
„ Hausmiete	70.—
„ Kohlen	24.20
„ Holz	12.—
„ Holzfuhrlohn	10.—
„ Brandsteuer	3.68
„ Klassensteuer	2.—
„ Gemeindesteuer	1.60
„ Nachtwache	2.40
„ Hebammengebühren	7.50
„ Doktorrechnung	8.—
„ Apothekerrechnung	3.80
„ Vereinsbeiträge	2.40
„ Zeitung	6.—
„ Petroleum	10.—
Sa.:	307.32

Ziehen wir diese allgemeinen Ausgaben von den Einnahmen ab, so verbleiben 417.78 Mk., das heißt **pro Tag eine Mark vierzehn und einen halben Pfennig** für eine Familie von 5 Köpfen oder auf jeden Kopf 23 Pfg. täglich. Das ist einen Pfennig mehr, als für einen herzoglichen Jagdhund Futtergeld bezahlt wird. Von obigen 417.78 Mk. muß nun noch das Notdürftigste an Kleidern, Schuhen, Möbeln bestritten werden, was dann noch übrig bleibt, dient zur Fütterung parbon — zur Nahrung von fünf Menschen! Dabei wachsen die Ausgaben von Jahr zu Jahr.

Man kann sich ausmalen, wie „flott" die Familie bei täglichem Zehrgelde von 1.14 Mk. leben kann!

Gewerkschaftliches.

In der Löweschen Gewehr- und Maschinenfabrik in Berlin streiken die Kernmacher. Löwe sucht auswärts Ersatz für die Streikenden. Wir erwarten, daß die hiesigen Kernmacher ihren Berliner Kollegen Solidarität erweisen.

Acht Böttcher der Firma Tuchmann u. Sohn in Dessau sind gemaßregelt worden, weil sie sich in einem Briefe an die Firma gegen Fortfall des bisher gezahlten Aufschlages für Ueberstunden erklärten.

Der Streik der Stuhlbauer bei der Firma Busch in Geringswalde ist durch Vermittelung des Bürgermeisteramtes zu Gunsten der Arbeiter beendet.

Den Breslauer Bauarbeitern ist an Stelle des zu Pfingsten ablaufenden Vertrages von der Meisterschaft ein neuer Tarifvertrag unterbreitet worden, der gegen die zur Zeit gültige Arbeitsordnung ganz erhebliche Verschlechterungen enthält. Eine von 900 Maurern besuchte Versammlung beauftragte, um zunächst eine friedliche Verständigung zu versuchen, den Verbandsvorstand, mit dem Arbeitgeberbunde in mündliche Verhandlungen zu treten.

Budapest, 9. April. In Hodmezö-Vasarhely im Csongrader Komitat haben gegen 1000 Arbeiter einer im Bau begriffenen Lokalbahn, sowie mehrere Hundert Zimmerleute und Maurergehilfen die Arbeit eingestellt und fordern Lohnerhöhung.

Brüssel, 9. April. 2000 Grubenarbeiter aus dem Bassin du Centre, namentlich in La Louvière, Boussu und Maurage, sind gegenwärtig im Ausstand.

Von Nah und Fern.

Straßenbahnunglück.

Mülheim a. Ruhr, 10. April. Auf der Straßenbahnstrecke Mülheim-Heißen wurde infolge einer Störung in der Leitung ein in voller Fahrt befindlicher Wagen zurückgeschleudert. Die Bremse versagte und der Wagen stürzte um. Neun Personen wurden schwer verletzt. Eine davon, ein Lehrer aus Oberhausen, erlitt einen Schädelbruch und starb.

Ein vierzehnjähriger Mörder.

H. **Warschau,** 9. April. In Ilsha wurde ein 14jähriger Bursche verhaftet, der eingestand, die 6 Kinder des Landwirts Prutschewsky ermordet zu haben. Der Vater befindet sich unter dem Verdacht der Mitthäterschaft in Haft.

Vom Risiko der Arbeit.

Mährisch-Ostrau, 9. April. Heute früh 4 Uhr fand im Wetterschachte des Friedrichschachtes ein Wassereinbruch statt. Das Wasser steht 240 Meter hoch; drei Bergleute sind umgekommen.

Sheffield, 9. April. In einer hiesigen Gießerei erfolgte beim Einlaufen von 14 Tonnen geschmolzenen Metalls in die Grube eine Explosion. 30 Arbeiter wurden von dem flüssigen Metall betroffen und erlitten schwere Brandwunden. An dem Aufkommen einiger derselben wird gezweifelt.

Versammlungskalender.

Freitag: **Sozialdemokratischer Verein L.-West.** Felsenkeller. Abends ½9 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

D. H. Warum anonym? Es ist übrigens Zustimmung der Stadtverordneten erforderlich.

Auskunft in Rechtsfragen.

E. R. Es ist nur auf gütliche Weise möglich, Ihr Ziel zu erreichen. Der Hauswirt kann nicht gezwungen werden, einen anderen in Ihren Vertrag eintreten zu lassen, auch wenn Sie ihm ein Dutzend und mehr Mieter bringen.

H. M. 75. Gerade wenn nichts anderes vereinbart war, hat das Bürgerliche Gesetzbuch auf Ihren Fall Anwendung zu finden. Danach gilt vierteljährliche Kündigung.

E. S. Das Vereinslokal der ehemaligen Fremdenlegionäre ist uns unbekannt. Vermag es einer unserer Leser anzugeben?

M. 300. Es ist dann Klage zu gewärtigen, durch die ein jederzeit vollstreckbares Urteil erwirkt wird.

M. M. Die Forderung der Nachweise stützt sich auf § 57 der Gewerbeordnung. Das Führungszeugnis haben Sie sich von der hiesigen Polizei und für die frühere Zeit von der Dresdener Polizei ausstellen zu lassen.

Plagwitz, Amalienstr. Der frühere Mitspieler hat Anspruch auf seinen Gewinnanteil, von dem ihm natürlich die Kosten der letzten Klassen zu kürzen sind.

A. B. 101. Es ist Schadenersatz für die Aufwendungen zu leisten, die in Erwartung der Ehe gemacht worden sind. § 1298 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

S. 142. Durch den Verkauf des Hauses wird an dem Mietvertrag nichts geändert. Der neue Besitzer tritt in den Vertrag ein.

H. S., Kleinzschocher. Verjährt in 5 Jahren vom Tage der That an gerechnet.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Spielplan: Donnerstag: Tannhäuser. Anfang 7 Uhr. — Freitag: Es lebe das Leben. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Don Juan. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Spielplan: Donnerstag: Es lebe das Leben. Anfang ½8 Uhr. — Freitag: Das süße Mädel. Anfang ½8 Uhr. — Sonnabend: Alt-Heidelberg. Anfang ½8 Uhr.

Bericht über die Leipziger Produkten-Börse.

Dienstag den 8. April 1902.
(Mitgeteilt von Gebr. Glass.)

Weizen per 1000 kg netto still	inländischer	170—176 bez. Brf.
	ausländischer	174—178 bez. Brf.
Roggen per 1000 kg netto still	inländischer	144—148 bez. Brf.
	ausländischer	148—152 Brf.
Gerste per 1000 kg netto	Braugerste hiesige	145—160 bez. Brf.
	Mahl-u.Futterware	130—142 bez. Brf.
Hafer per 1000 kg netto ruhig	inländischer	158—165 bez. Brf.
	ausländischer	— —
Mais per 1000 kg netto	amerikanischer	— —
	runder	124—128 bez. Brf.
	Cinquantin	134—142 bez. Brf.
Oelsaat per 1000 kg netto	Raps	— —
Rapskuchen p. 100 kg netto		— —
Rüböl rohes p. 100 kg netto frei Haus hier ohne Fass geschäftslos	flüssiges	55.25 nominell.
Ausseramtlich:		
Malz per 100 kg netto	loco	26—28
Wicken per 1000 kg netto	loco	190—200
Erbsen per 1000 kg netto	loco grosse	220—230
	„ kleine	190—200
	„ Futter	170—190
Bohnen per 100 kg netto	loco	18—20
Kleesaat per 100 kg netto	rot nach Qualität	60—100 feinste Qualität höher
	weiss nach Qualität	60—200
	gelb nach Qualität	40—46
	schwed. n. Qualität	120—160

Die Mühlen und Mehlhändler von Leipzig und Umgeg. notieren:

Weizenmehl Nr. 00 24.50		Roggenmehl per 100 kg exkl. Sack	Nr. 0 und I 20.50
per 100 kg exkl. Sack	„ 0 22.00—23.00		„ II 14.00—14.50
	„ I 19.00—19.50	Roggenkleie Mk. 10.25—10.75 per 100 kg. exkl. Sack	
	„ II 17—17.50 M.		
Weizenschalen 9.50—9.75 M.			

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19020410/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Neu zur Messe

Auf dem Rossplatz:

Hugo Haases umschlossene

elektrisch-konzentrische Stufenbahn

Am Schnellsten

Schneller | Drei | Schneller

Schnell | Fahrgeschwindigkeiten! | Schnell

Luxuriös in der Ausstattung und der elektrischen Beleuchtung.

Restaurations-Betrieb.

Echte Biere. Café. [3365

Neu zur Messe

Geschmackvolle moderne Hüte.

Reichhaltige Auswahl in allen Preislagen. Aufmerksame Bedienung. **Getragene Hüte** werden billigst modernisiert. **Haltbare Handschuhe** in Stoff u. Glacé.

Dorothea Fricke, Kurprinzstrasse 18

Nähe Markthalle. [3374

Täglich

Frische Seefische

empfiehlt

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee"

605] **Reichsstraße 25.**

Morgen sowie jeden Freitag

frische Fische.

Rich. Rasch, Volkmarsdorf

Ecke Konrad- u. Elisabethstraße.

Morgen früh große Zufuhr billiger Seefische, darunter

Kabljau ohne Kopf à Pfd. 16 Pfg.

O. C. Matthes, Lindenau

Merseburger Str. 63. [3388

Fahrrad-Mechaniker Frenzel

Zeitzer Str. 31 — Eisenbahnstr. 31

repariert, vernickelt, emailliert Fahrräder aller Fabrikate u. liefert alle **Ersatzteile** fachgemäß und billigst.

Neue Fahrräder von 110 Mk. an unter Garantie. [2853

Luftschläuche von 3.75 Mk. an.

Laufdecken von 6.25 Mk. an.

Glocken von 30 Pfg.

Lampen von 1.25 Mk. an.

Ausziehbare Luftpumpe „Quintuplum" 1.90 Mk.

Seit 12 Jahren größte, beste u. billigste Reparatur-Werkstatt.

Für den Garten.

Sämereien, Knollen, Stauden, Rosen, hochstämmig und niedrig, **Beerensträucher u. Gemüsepflanzen** empfehlen in vorzüglichen Qualitäten zu billigsten Preisen [3096

Pabst & Kunert

Leipzig, Windmühlenstr. 23.

Altes Gold kauft z. höchst. Preisen Uhrmacher **Becker,** Rauch. Steinweg 38.

Billig! Billig!

25

Sofas

sind einzeln mit 5 ℳ Anzahlung u. wöchentlich 1 ℳ Abzahlung abzugeben.

S. Osswald

Königsplatz 7, I.

gegenüber der Markthalle.

Reparatur-Werkstatt

für Nähmaschinen aller Systeme

Singer Co. Nähmasch.-Akt.-Ges.

(Frühere Firma: G. Neidlinger)

Leipzig, Augustusplatz 1.

Grösstes und ältestes [6839

Nähmaschinen-Geschäft Deutschlands.

Auf der Pariser Weltausstellung wurde den **Original-Singer-Maschinen** der **Grand Prix,** der höchste Preis der Ausstellung, zuerkannt.

Zur gefl. Beachtung!

Alle von anderen Nähmaschinengeschäften unter dem Namen „Singer" ausgebotenen Maschinen sind einem unserer älteren Systeme nachgebaut, welches hinter unseren neueren Systemen von Familien-Maschinen in Konstruktion, Leistungsfähigkeit und Dauer weit zurücksteht.

Monatsgarderobe.

J. Kindermann, Salzgäßchen 9, I.

am Markt u. Rathaus.

Empfiehlt in reicher Auswahl allerfeinste **Frühjahrs-Paletots,** komplette Anzüge, alle Façons u. Weiten. Eleg. Fracks u. Gesellschaftsanzüge, auch leihweise.

Sofort darauf zu warten.

Herrensohlen u. Absatzflecke v. ℳ 1.00 an
Damensohlen u. Absatzflecke v. ℳ 1.50 an
Kindersohlen u. Absatzflecke ℳ 0.80—1.50
Flickerei, Schuhveränd. schnell, gut, billig
Gummizüge 1 ℳ.

Dampfschnellsohlerei Münzgasse 7.

Photographische Apparate

lief. in **Teilzahlungen**

Arthur Gasch

Burgstrasse 25

(neben dem Thüringer Hof).

Ia. Nähmaschinen Mk. 65.
Ia. Wringmaschinen Mk. 14—20.
Pfaffendorfer Str. 13
Fahrräder-Sommerlatte.

Brennholz-Verkauf. Sonnabend von 2—6 Uhr wird gespaltenes Brennholz in Ringen billig auf Zimmermstr. Haarrings Platz, Volkmarsdorf, verl. Alleestr., abgegeben.

Hermann Baumann

2 Südstrasse 2

macht Freunden u. Genossen auf seine billigen solid gefertigten Arbeits-Anzüge, Knaben-Anzüge, Schuhe u. Stiefel aufmerksam.

Heute frischgeschlacht. Rossfleisch.

G. Köppe, Kleinzsch., Lutherstr. 14.

Pferde zum Schlachten kauft **D. O.**

Speisekartoffeln, mehlreich, 10 Pfd. 25, Metze 15 Pfg.

Robert Funke, Lindenau

Ecke Gundorfer u. Wettinerstr.

Empfehle meine

Damenbinden

Gummisachen für **Massage, Wochen-** und **Krankenpflege.** [3110

Hühneraugenhobel. Halsketchen für zahnende Kinder. Preisliste 30 Pfg.

Frau **Auguste Graf,** Nikolaistraße 4.

Neugebauer, akad. gebild., staatl. nicht geprüft. Praktikant b. Homöopathie u. Naturheilmethode, früher an Dr. Willm. Schwabes Poliklinik, behdlt. u. langj. Erf. Geschlechtskrankh. d. M. u. Fr., Blasen-, Nieren-, Magen-, Darm-, Haut-Leiden, Krampfadergeschwüre 2c. mit nachweislich vorzügl. Erfolgen. Fr. **Reichsstr. 33/35**

jetzt Königsplatz 1

Sprechst. 9-2, 5-8, Sonnt. 10-1; n. ausw. briefl.

Gebr. Singer-Nähmaschinen

von 15 Mk. an. Reparat. u. Ersatzteile billig. Alleinverk. d. **Original-Victoria.** Lehrkurse in der modernen Kunststickerei. **H. Schube, Petersstraße 34, im Hof.**

---

1 prachtv. Bettstelle, Matratze, Ober-, Unterbett u. Kissen, zusammen für 28 ℳ, sofort zu verkauf. **Brühl 46/48,** Vorderh.

Barth, Kurprinzstraße 24. **Tragkörbe** von Mk. 2.50 an. **Reisekörbe** von Mk. 2.50 an. [10747

Hand- u. Geschäftsw. v. b. Neusch. Kirchst. 67

Fahrradmäntel v. 7 ℳ an, **Luftschläuche** v. 4.50 ℳ an m. Garantie. Humboldtstr. 33.

Gebr. Möbel sind billig zu verkaufen. Katharinenstr. 14, II. l.

Gebr. Kleiderschr., Vertiko, Sofa, Bettstelle m. Matr., Tisch bill. Elisenstr. 59, pt.

Vollständiges neues Bett billig zu verkaufen. Kleinzschocher, Bahnhofstr. 2a, II.

Schwitzer für Herren und Knaben

giebt billigst ab die Fabrik [3368

Weststrasse 67, pt.

Herrensachen zu verk. Yorkstr. 11, III. l.

Getr. Damenkleid, Bluse 1 ℳ, Jackett 1 ℳ an verkauft spottbillig Kohlenstr. 30, I.

Große Plätt-Tafel billig zu verkaufen. Volkmarsdorf, Kirchstr. 41, H. I.

Fast neues Herrenrad umständeh. zu verk. Volkmarsdorf, Mariannenstr. 104, pt. r.

Kinderwagen billig zu verkaufen. Neustadt, Mariannenstr. 14, pt. l.

Guterhalt. Kinderwagen ganz billig zu verk. Kleinzschocher, Albertstr. 45, III., Ecke.

Schöner Kinderwagen zu verkaufen. Lindenau, Wettinerstr. 67, I. r.

Verstellb. Kinderstuhl bill. zu verkaufen. Gohlis, Aeußere Hallesche Str. 20, III. l.

Gebr. Kranken-Fahrstuhl billig zu verkaufen **Neustadt, Alleestr. 13, H. I.**

Großer 4rädr. Handwagen bill. zu verk. Alex, Schleußig, Könneritzstr. 81.

Schöne vernickelte Acetylgas-Lampe fürs Zimmer bill. zu verk. Pl., Jahnstr. 8, pt. r.

---

8 Bände Becks Elektricität u. s. Technik bill. zu verk. Volkm., Ewaldstr. 15, II. l.

---

8 Lesebücher (7., 6. u. 5., 4. u. 3 Kl.) bill. zu verk. Plagwitz, Weißenfelser Str. 37, II. r.

Guterh. gebr. Lesebuch für 6. u. 5. Kl. bill. z. vk. Lange Str. 38, H. IV. Naumann.

Mehlwürmer, Schlangen u. Nähtischchen zu verkaufen. Friedrichstr. 15, II. r.

Zwei Zucht-Häsinnen zu verkaufen. Kleinzschocher, Albertstr. 19, I. M.

Gutsing. Kanarienhahn u. ein Heckbauer bill. zu verk. Neu-Plagw., Salzstr. 22, I. Pl.

Ein Rotkehlchen-Bauer, neu, billig zu verk. Neudnitz, Kohlgartenstr. 30, IV. M.

Gebr. Kleiderschrank zu kaufen gesucht. Eberhardstr. 13, H. pt.

Wirrhaare kauft Herm. Klaus, Nürnberger Str. 37, p.

Möbel kauft Lorz, Lind., Gutsmuthsstr. 19

Teilnehmerinnen zu einem Nachmittags- o. Abendkursus i. Wäschezuschneid. u. Weißn. od. Schneidern ges. Hon. monatl. 6 Mk. Naundörfchen 24, pt. N. Fleischerpl.

Gnadengesuche, Gesuche jed. Art, Reklamationen fertigt und Auskunft erteilt **Münzgasse 3, II. r.**

Malergehilfen

sucht sofort **A. Pörsch,** Malermstr.

3338] **Gaschwitz bei Leipzig.**

Monteure

der Holzbearbeitungsmaschinen-Branche. Einige tüchtige solide Leute werden noch eingestellt. **Gebrüder Paul**

3875] **München.**

Ein Herr, welcher über ca. 100—150 Mk. verfügt, wird von reisenden Duettisten als

Geschäftsleiter

sofort gesucht. Offerten an Genosse **Otto Hänel, Colditz.** [3387

Frau f. Beschäft. in Wochenwarten od. auch Aufwartung. Volkm., Luisenstr. 27, II. l.

Wäsche in und außer dem Hause gesucht. Neuschönefeld, Georgstr. 6, Hof pt. r.

Ein Sohn achtbarer Eltern wird als **Lehrling** gesucht. **Carl Schulze,** Fleischermeister, **Elisenstr. 52.** [3361

Flotte Zuarbeiterin für Damenschneiderei gesucht. Plagwitz, Weißenf. Str. 24, III. l.

Akkurate Zuarbeiterin sowie Lernende gesucht. Lindenau, Querstr. 4, II. l.

Lernende für feine Damenschneiderei gesucht. Rosenthalgasse 2, Tr. B, I. r.

Lernende für Damenschneiderei gesucht. Thonberg, Stötteritzer Str. 18, III. l.

Kr. Ostermädchen sucht f. nachm. Aufwart. Gef. Off. abzugeb. bei **K. Peter,** Kleinzsch.

Saubere **Aufwartung** gesucht. Schleußig, Könneritzstr. 25, II. l.

Saubere Aufwartung für früh gesucht Anger, Breite Str. 32, III. l.

Ein 15jähr. Mädchen sucht Aufwartung. Leutzsch, Hauptstr. 62, II.

Größeres Schulmädchen f. Kind u. Aufwartung ges. Neustadt, Alleestr. 14, I. l.

Ein sauberes ehrliches Schulmädchen zur **Aufwartung** ges. Karl Heine-Str. 45, III. r.

Kind wird von kinderl. Leuten in gute Pflege gen. Lindenau, Wettinerstr. 65, IV.

Ein Kind wird in gute Pflege genommen. Kleinzschocher, Eythraer Str. 3, I. r.

Ein Kind wird in liebevolle Pflege genommen. Leutzsch, Mittelstr. 6, pt. l.

Arm. Fam.-Vater j. Darl. v. 30 ℳ z. 5% g. Pf. d. Wirtsch. Off. Lind., Geraer Str. 3, II. l.

Junge Katzen zu verschenken. Neudnitz, Kronprinzstr. 6, pt.

Abh. gek. eine schwarze Katze m. weißer Kehle b. Fleischermstr. Siebert, Kleinzsch.

Zu vermieten [3345

Logis, 2 Stuben, 2 K., K. u. Zubehör **Kleinzschocher, Rudolfstr. 34,** I. r.

Kleines Logis für 170 ℳ zum 1./5. zu vermieten. Alter Amtshof 3, III. r.

Logis, St., K., K., K., B., a. groß, z. 1./6. f. 280 ℳ z. vm. Brandvorwerkstr. 55, H. v.

Schönes Logis St., K., K., K., 240 ℳ, 1./7. zu vermieten. Moltkestr. 28 b, Hth. IV. r.

Leere 2fenstr. Stube m. Kochofen sof. zu vermieten. Leutzsch, Flemmingstr. 1, II. l.

Leere Stube sofort oder 1./5. zu vermieten. Pl., Weißenfelser Str. 64, II. l.

Sep. leere Stube z. 1./5. an einz. Person z. 1./5. zu verm. Vo., Bogislawstr. 8, III.

Leere 1fenstr. Stube an einz. Person z. 1./5. zu vermieten. Südstraße 29, II. r.

Leere 2fenstr. Stube zum 1./5. zu vermieten. Vo., Mariannenstr. 110, III. r.

Heller Sitzplatz für Schneider. Senefelderstraße 4, I. r.

Sehr frdl. saub. Garçonlogis sofort zu verm. Go., Aeuß. Hallesche Str 111, III. r.

Frdl. Stübchen leer od. als Schlafst. zu vermieten. Zweinaundorfer Str. 65, I. M.

Freundl. Schlafstelle für anständiges Mädchen. Elisenstraße 96, II.

Frdl. Schlafst. f. 1 od. 2 Herren zu verm. Sophienstr. 44, III. r., Ecke Bayer. Str.

Feine Schlafstelle f. 2 Herren od. Mädchen. Lindenau, Kaiser Wilhelm-Str. 14, IV. r.

Frdl. Schlafst. f. 2 Herren, St. u. Schlafr., Woche 2.50 ℳ, zu verm. Antonstr. 6, p. r.

Freundl. Schlafstelle für Herrn zu vermieten. Hospitalstraße 18, IV. l.

Freundliche Schlafstelle zu vermieten. Lindenau, Merseburger Str. 35, II. l.

Jg. Leute f. b. 1./7. kl. Logis f. 200-250 ℳ. Lindenau, Wettinerstr. 63 b, p. r.

Herrn **Friedrich Hödel** nebst **Gemahlin** senden zur [3383

Silbernen Hochzeit

die herzlichsten Glückwünsche.

Familie Mehnert.

Dem Silberjubelpaar F. u. M. Höbel herzl. Glückwunsch. Erdmannstr. 5, H. III.

Bernh. Seidel z. Geburtstag soll leben, seine Familie daneben. P. Th. u. F.

Herrn Hermann Kemler gratuliert zum Geburtstag Familie Fahr.

Dem Paunsd. Ulrich z. seinem Geburtstag ein dreimal donnerndes Hoch. Dieb.

Mein Herbergsv. Otto Schmidt soll leben und die halbe Tonne ooch. Nu rate mal?

Wir grat. uns. lieb. Papa Otto Schmidt z. 28. Purzelfeste. Frau und Fritzchen.

Vinz Martin soll leben u. seine Emma daneben. O wie so verleicht.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten hierdurch die traurige Nachricht, daß unsere gute Mutter, Schwester, Groß- und Schwiegermutter,

Frau Ernestine Pauline Neef geb. Pesser

am Dienstag mittag nach kurzem schwerem Leiden im Alter von 60 Jahren sanft verschieden ist.

Dies zeigt tiefbetrübt an **Ernst Schiebel**

im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 2 Uhr vom Trauerhause, L.-Kleinzschocher, Schönauer Weg Nr. 13, aus statt. [3368

Für die aufrichtige Teilnahme bei dem Begräbnis meiner unvergeßlichen Gattin, unserer lieben Mutter, Tochter, Schwester und Schwägerin

Bertha Schröter

sprechen wir hierdurch allen Beteiligten unseren tiefgefühltesten Dank aus.

Kleinzschocher, den 10. April 1902. [3365

Hermann Schröter, im Namen sämtl. Hinterbliebenen.

Dampf-Kaffee-Brennerei „Java"

Fiedler & Co.

Rossplatz 1 — Leipzig — gegenüber der Markthalle

empfiehlt ihre

an Wohlgeschmack unübertroffenen

Java-Kaffees von 98 Pfg. an.

Specialität:

Edel-Java-Melange à 120 Pfg. pro Pfd.

Dampf-Kaffee-Brennerei „Java"

Fiedler & Co., Leipzig, Rossplatz 1

gegenüber der Markthalle.

Gutschein über 0,5 Pfd. ff. Würfelzucker.

0,5 Pfd. Würfelzucker erhält jeder Ueberbringer dieses Scheines bei Einkauf von 1 Pfund Kaffee in der Preislage von 98 Pfg. aufwärts. [3386

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19020410/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Wahlverein L.-Stadt

Dienstag den 15. April abends ½9 Uhr [3372

Oeffentliche Versammlung

in der Flora, Windmühlenstrasse.

Tagesordnung: 1. **Sozialdemokratie und Religion.** Referent: **Redakteur Goldstein, Zwickau.** 2. Diskussion. 3. Mitteilungen des Vorstandes.

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Achtung! Tischler, Maschinenarbeiter! Achtung!

Freitag den 11. April abends ½8 Uhr

Grosse öffentliche Versammlung

in der Flora, Windmühlenstrasse 11.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **W. Kahl: Verkürzung der Arbeitszeit und deren Wirkung.** 2. Bericht der Sektionsleitung. 3. Gewerkschaftliches. [3366

Kollegen! Die gegenwärtigen Maßnahmen der Unternehmer müssen alle Kollegen veranlassen, für zahlreichsten Besuch der Versammlung zu agitieren. **Die Sektion der Bau- und Möbeltischler.**

Textilarbeiter

und Arbeiterinnen.

Sonnabend den 12. April abends ½9 Uhr

Oeffentl. Versammlung

im Schloss Lindenfels, Lindenau

(Eingang Hermannstraße).

Tagesordnung: 1. Bericht von der Generalversammlung und vom Kongreß. 2. Abrechnung vom Vergnügen. 3. Maifeier betr. 4. Gewerkschaftliches u. Diskussion.

Pünktliches Erscheinen erwartet [3367] **Das Komitee.**

Sonntag den 20. April: Besichtigung des Zoologisch-zootomischen Museums.

Achtung, Schmiede!

Sonnabend den 12. April abends ½9 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Coburger Hof, Windmühlenstraße.

Tagesordnung: 1. **Zur Geschichte der Zeitungen und die Unterdrückungsmaßregeln gegen dieselben.** Referent: Genosse **Pinkau.** 2. Bericht von der Bibliothek-Kommission. 3. Neuwahl des ersten Kassierers. 4. Gewerkschaftliches. [3359] **D. V.**

Achtung, Glaser!

Sonnabend den 12. April

Mitglieder-Versammlung.

Vortrag des Kollegen **Winkler** über: **Unfall- und Krankenversicherung.** [3360

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. **D. V.**

Gleichzeitig sind zu dieser Versammlung die **Unterstützungsfonds-Karten** abzugeben.

Ortskrankenkasse.

Wir bringen hiermit zur Kenntnis, daß wegen vorzunehmender Reinigung die Geschäftslokalitäten

Donnerstag den 17. April und
Freitag den 18. April [3236
von mittags 1 Uhr ab

für den Verkehr geschlossen bleiben.

Leipzig, den 4. April 1902.

Die Ortskrankenkasse für Leipzig u. Umg.
Dr. Willmar Schwabe, Vorsitzender.

Erlanger Brauhof hält seine vorzüglichen Lokalitäten bestens empfohlen.

Hôtel de Saxe.

Täglich Bierfeste nach Münchner Art.

Konzerte der Oberlandler Kapelle (D'Schlierseer).

Direktion: A. Vorbeitner. Programm 15 Pfg.

Hochfeines Paulaner-Bräu. Gute Küche. [3219

Sonntags von 11—1 Uhr **Frühschoppen-Konzerte.** | Nachm. 4—7 und 8—11 Uhr **Grosse Konzerte.** G. Hübner.

Restaurant Schöder Leipzig-Reudnitz Kronprinzstr. 6, pt.

Morgen Freitag Schlachtfest.

Total-Ausverkauf nur bis 15. d. Mts.

von **Reinleinen, weissem Flanell, Kinderwäsche, Inlet, Kragen, fertiger Wäsche** unter Selbstkostenpreisen.

3368] **Adeline Hahn, Barfußgäßchen.**

Bitte wenden und ausschneiden!

Dienstag u. Freitag Schlachtfest
Von früh ½7 Uhr an Wellfleisch.
E. Vetters, Täubchenweg 16.

Int. Speisehaus, Lind., Giesserstr. 2. Vorzügl. Mittagst. inkl. Suppe 30 Pfg., 6 Speisen 1,70 Mk

---

Für

Sofa-Bezüge

empfehlen wir

allerbilligst

doppelbreiten bunten Moquette-Plüsch von 5,80 Mk. an.

Kameeltaschen

Glatte und gemusterte Plüsche

Einfarbige Stoffe

in reicher Auswahl.

Teppiche

Vorlagen

Gardinen, weiss und crême

Portièren

Läuferstoffe.

Schäfer & Thomas

Brühl 45

parterre und 1. Etage.

En gros und en détail. [2616

Tauchaer Strasse 32, Battenberg

Möbel

Vollständige Wohnungs-Einrichtung

für nur 590 Mk.

Salon:

1 hochelegante Plüsch-Garnitur	125
1 Vertikow, echt Nußb. fourn., Musch.	60
1 Salon-Tisch, mod. Façon	20
1 gr. Säulen-Trumeau, geschl.	50
4 Walzenstühle mit Rohrlehne	24

Wohnzimmer:

1 Kleidersekretär mit Muschel	36
1 Speisetisch mit Auszug	22
1 Pfeilerspiegel mit Schränkchen	36
1 Ottomane, stellig, m. gutem Bezug	40
4 Rohrstühle	14
1 Serviertisch	10

Schlafzimmer:

2 franz. Betten mit Matratzen	80
1 Waschtisch mit Marmorplatte	30
1 Waschtisch-Spiegel	4
Kompl. Kücheneinrichtung	40

Aenderungen können nach Belieben vorgenommen werden. Langjährige Garantie. Transport frei. Preislisten gratis und franko.

Leipziger

Möbel-Hallen

Carl Max Raschig.

Anerkannt bill. Bezugsquelle der Möbelbranche.

Größtes Ausstattungsgeschäft.

Fernsprecher 7848. [2706

Ganz vorzügliche

Sämereien und Knollengewächse

empfehlen in bekannter, zuverlässiger Qualität zu billigen Preisen

Schneider & Fritzsche

Leipzig

2 Windmühlenstrasse 2.

gegenüber der Markthalle.

[3387 **Fahrrad** bill. z. verk. Go., Lange Str. 32.

Krystall-Palast — Alberthalle.

Königl. Rumänischer

Cirkus Cesar Sidoli.

Heute Donnerstag den 10. April abends 8 Uhr

Erste grosse Damen-Vorstellung.

Auftreten von 30 Damen. Das Programm enthält 16 Nummern. **8 russische Rapphengste 8,** in Freiheit vorgeführt von Frau Direktor **Gisella Sidoli.** Die Reiterinnen Fräulein **Luiga, Fabry, Mira** und **Blenow; Ballet-Divertissement** vom Corps de Ballet. **Intrigant,** brauner Hengst, in der hohen Schule geritten von der Schulreiterin Frl. **Adrejenne Holstein.** **Nur noch einige Tage: Mr. Julius Seeth** mit seinen **25 Löwen 25.**

Vorverkauf bei Herrn Flatau, Cigarrengeschäft, Goethestrasse, sowie von 10 Uhr vorm. bis 2 Uhr nachm. im Cirkus. [3371

Robert Höppner, Leipzig-Lindenau

Aurelienstr. 37.

Gegründet 1888. Fernsprecher 9544. Gegründet 1888.

Empfehle in **Margarine** meine neu eingeführte **hochfeine**

„Specialmarke".

Dieselbe ersetzt Naturbutter vollständig und eignet sich gleich vorzüglich zum Kochen, Braten und Backen, sowie auch aufs Brot.

Um meinen werten Kunden und denjenigen, welche es noch nicht sind, Gelegenheit zu bieten, meine **Specialmarke** kennen zu lernen, gewähre ich auf je ½ Pfund derselben à **50 Pfg.** einen **Glasteller** oder ein **Wasserglas** und gebe **Freitag und Sonnabend** den 11. u. 12. April **extra noch ein praktisches Geschenk** zu.

Um geneigten Zuspruch bittend, zeichnet [3358

Hochachtungsvoll **Robert Höppner.**

Th. Dietrich, L.-Reudnitz

Kein Laden. **Wallwitzstr. 6, am Täubchen.** Kein Laden.

Reparaturen. Verkauf von Uhren, Gold-, Silber- u. opt. Waren.

Gleichzeitig empfehle mich zur Ausführung von Reparaturen an sämtl. mechan. Musikwerken für Händler, Uhrmacher und Private in und außer dem Hause, bei saubersten Arbeit zu billigsten Preisen. [3240

Gelegenheits-Käufe.

Herren-, Damen- und Kinderschuhe

kaufen Sie zu staunend billigen Preisen bei

Tobias Schmul, Nikolaistr. 35.

Bitte genau auf meine Firma zu achten.

Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. [2877

Marienbad

L.-Neuschönefeld
Eisenbahnstrasse 66
Telephon: Nr. 846.

Dampfbäder, russ., röm.-irische Voll- u. Teilbäd. Einpackungen, Specialkurform, anerkannt vorz. Massage, 1—4 Uhr nachm. nur für Damen. Schwimmbassin 20°, krystallklares Wasser, Montag, Mittw., Sonnab. v. 2—½5 Uhr nachm. Dienst., Donnerst., Freit. v. ½9—11 Uhr vorm. Montag abends v. ½8—9 Uhr: nur für Damen. Wannenb. I. u. II. Kl. f. Dam. u. Herr. z. jed. Tageszeit.

Die Anstalt ist für alle Bäder von früh 6 Uhr bis 8 abends Uhr geöffnet

---

An

Jedermann

liefere ich

Möbel, Konfektion, Kleiderstoffe

auf

Teilzahlung

S. Sachs

Gegr. 1880. **Nikolaistr. 31.**

Sonntags von 9—11 Uhr geöffnet.

Cigarren, Cigaretten

und **Tabak** empfiehlt [5727

E. Kriebler, L.-Plagwitz

Zschochersche Straße 50.

NB. Abonnements auf die Volkszeitung werden jederzeit entgegen genommen.

Gartengeräte.

Sägen, Beile, Hobel

Wasserwagen.

Spitz- u. Radehacken.

Schaufeln und Spaten.

Verz. Drahtgeflechte.

Werkzeuge für Maurer Zimmerer, Tischler, Schlosser.

Möbel- und Baubeschläge.

Alwin Richter

Eisenwarenhandlung

Reudnitz, Dresdener Str. 36

nahe am Rathaus. [791

Wir empfehlen als besonders gut, sauber und preiswert unsere [3242

Merkantil-Trockenplatten

cm	6×9	9×12	12×16½	13×18	18×24 cc.
Dtzd.	—.50	1.—	1.75	1.95	3.85 M.

Hoh & Hahne, Reichsstr. 6

Specialhaus für Photographiebedarf.

Immer schneidig

und hochelegant können sich alle Herren kleiden. Neue, sowie wenig getragene **Monats-Garderobe, Frühjahrs-Paletots,** Anzüge, Fracks und Gesellschaftsanzüge (auch leihweise) rc. [10174

J. Lippmann, Kl. Fleischergasse 14, I. Ecke Café Transvaal.

Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten.

Monats-Garderobe

10 **Alle Herren** 10

können sich hochelegant und **sehr billig kleiden. Neue und wenig getragene Anzüge, Fracks, Hosen, Frühjahr-Paletots, Gesellschafts-Anzüge,** auch leihweise.

10 **Schaul,** Große Fleischergasse **Goldene Krone,** zu beachten. 10

Bitte u. mit Kl. Fleischergasse zu verwechseln.

Curt Eule, Dresdener Str. 53

empfiehlt erstkl. **Fahrräder** zu bill. Preisen. **Zubehörteile** spottbillig, bei größter Auswahl. **Lenkstangen, I. Qual.,** ℳ 5,50, **Pedale** v. ℳ 3,50 an, **Acetylen-Lat.** v. ℳ 2,80 an.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19020410/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

39. Sitzung der Zolltarifkommission.

Berlin, 9. April 1902.

(Eigenbericht der Leipziger Volkszeitung.)

Die Position 47 registriert getrocknetes Obst und stellt folgende Sätze auf:

Aepfel und Birnen, einschließlich verwertbarer Abfälle 8 Mk. Aprikosen, Pfirsiche 10 Mk. Pflaumen aller Art: unverpackt oder nur in Fässern oder Säcken bei mindestens 80 Kilogramm Rohgewicht 5 Mk., in anderer Verpackung 10 Mk. Anderes getrocknetes oder gedörrtes Obst 8 Mk.

v. Wangenheim beantragt, die einzelnen Sätze auf 15, 40, 15, 25 und 10 Mk. zu erhöhen.

Antrick und Genossen beantragen: Zollfrei.

v. Wangenheim begründet seine Anträge kurz mit der amerikanischen Konkurrenz.

Antrick wendet sich gegen die Leichtfertigkeit dieser Begründung und plädiert für zollfreie Einfuhr dieser für die armen Leute notwendigen Lebensmittel. Deutschland sei in Bezug von Darrobst auf das Ausland angewiesen.

Spahn (Centrum) beantragt eine Abschwächung der Wangenheimschen Sätze, getrocknet 10 Mk., unverpackt 10 Mk., in anderer Verpackung 15 Mk.

Geheimrat v. Wermuth bekämpft die Wangenheimschen und Spahnschen Anträge, die die handelspolitische Situation verschlechterten.

Müller-Sagan beantragt einen Zoll von 4 Mk. (alter Tarif).

Nach längerer Debatte wird in der Abstimmung der Antrag Müller abgelehnt, ebenso der Antrag Wangenheim bezüglich Aepfel und Birnen, dagegen wird der Antrag Spahn angenommen.

Für Aprikosen und Pfirsiche wird die Regierungsvorlage angenommen.

Für Pflaumen werden die Anträge Wangenheims abgelehnt, die Spahnschen Anträge angenommen, für anderes gedarrtes oder getrocknetes Obst wird die Regierungsvorlage angenommen.

Position 48: Für Obst, gemahlen, zerquetscht, gepulvert oder in sonstiger Weise zerkleinert, auch eingesalzen, ohne Zucker eingekocht (Mus) oder sonst einfach zubereitet, gegoren, setzt die Vorlage 5 Mk. fest.

Antrick und Genossen beantragen: Zollfrei.

v. Wangenheim beantragt 10 Mk., dieser Antrag wird abgelehnt, die Regierungsvorlage angenommen.

Darauf wird der Abschnitt Südfrüchte, auch Südfruchtschalen in Beratung genommen.

Position 49: Bananen, frisch, werden von der Vorlage zollfrei gelassen; Position 50, Apfelsinen, Citronen, Cedratfrüchte, Pomeranzen, Granaten, Datteln, Feigen, auch Kaktusfeigen, Mandeln, Mangopflaumen, Pistazien und anderweit nicht genannte Südfrüchte, frisch: 12 Mark.

Müller-Meinigen beantragt für Apfelsinen und Citronen 4 Mark.

Antrick und Genossen beantragen für alle Positionen von 50—57: zollfrei.

Staatssekretär v. Thielmann: Die Regierung ist zu diesen Zollsätzen vom Standpunkt der Finanzzölle gekommen. Südfrüchte 2c. bringen 80 Millionen ein; im Interesse der Finanzen des Reichs darf an diesen Zöllen darum nicht gerüttelt werden. Ich ersuche, die Anträge der Sozialdemokraten abzulehnen.

Molkenbuhr: Der Tarif sichert der Regierung viel größere Einnahmen, als bisher. Wenn der Reichsschatzsekretär die Interessen der Reichsfinanzkasse hier hervorhob, stelle ich dem das Interesse der Kasse der Konsumenten gegenüber, das jedenfalls noch mehr zu berücksichtigen ist. Auch ihre Schwächung kann wieder für die Reichsfinanzen gefährlich werden.

In der Abstimmung wird Position 49 nach der Regierungsvorlage — frei — angenommen; ebenso die Positionen 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56 und 57.

Der Abschnitt: Frucht- und Pflanzensäfte umfaßt die Positionen 58 und 59. Antrick und Genossen beantragen: Zollfrei. Die Regierungsvorlage setzt 1 Mk. Zoll für Citronen- 2c. Südfruchtsaft, für Obstsaft, ungegoren, 6 Mk. Zoll aus; andere Unterpositionen sind frei. Die Regierungsvorlage wird angenommen.

Darauf Mittagspause.

In der Nachmittagssitzung wird der Abschnitt Kolonialwaren und Ersatzstoffe für solche, der die Positionen 60—72 umfaßt, zur Beratung gestellt.

Position 60: Kaffee, auch Kaffeeschalen, roh, 40 Mk.; gebrannt oder geröstet, auch gemahlen, 60 Mk. Position 61: Kaffeeersatzstoffe (Cichorien 2c.) 10 Mk.; gebranntes oder geröstetes Malz 40 Mk. Position 62: Kakao, roh in Bohnen, auch Bruch, 35 Mk., gebrannt 2c. 45 Mk. Position 63: Kakaoschalen, roh, auch gebrannt, 12 Mk. Position 64: Thee 100 Mk. Position 65: Paprika 10 Mk. Position 66: Gewürze 50 Mk. Positionen 67, 68, 69, 70 und 71 frei. Position 72: Pflanzenwachs 10 Mk.

Die Debatte bemächtigt sich hauptsächlich der Position Kaffee. Der Zoll beträgt 50 bis 75 Prozent des Preises. Von einem Schutz nationaler Produktion kann hier nicht die Rede sein, es ist ein reiner Finanzzoll, der wieder vorwiegend die armen Leute trifft. Die Opposition hebt dies stark hervor.

Graf Posadowsky begründet die Zollsätze der Regierung mit dem Sinken der Kaffeepreise.

Schrader beantragt, die Zölle für die Positionen 60—64 jährlich durch den Reichshaushaltsetat festzustellen.

In der Abstimmung wird der Antrag Schrader abgelehnt. Die Position 60 wird nach der Regierungsvorlage angenommen; ebenso die Position 61.

Mit der Position 62, Kakao, werden die Positionen 166, Kakaobutter (Kakaoöl) und 201, Kakao gebrannt 2c., zur Beratung verbunden.

v. Wangenheim beantragt eine Herabsetzung des Zollansatzes für Kakaobutter von 45 auf 35 Mk., und für Kakao von 35 Mk. roh und 45 Mk. gebrannt auf 20 resp. 35 Mk., und in Position 201, Kakao gebrannt, von 80 auf 65 Mk.

v. Wangenheim bezweifelt, daß der Kaffee als Volksgetränk den Nährwert habe, den man ihm beilegt, aber Kakao sei ein sehr vorteilhaftes Nährmittel, das im Verbrauch auch einen erhöhten Zuckerverbrauch nach sich ziehe; deshalb sei er für Entlastung dieses Produktes.

Schatzsekretär v. Thielmann hält an der Regierungsvorlage fest; der Kakaoverbrauch steige rapid und die Zölle seien auch hier aus finanziellen Rücksichten festgesetzt. Die beantragte Herabsetzung der Zölle bedeute einen Verlust von 2—3 Millionen.

In der Abstimmung wird der Antrag Antrick und Genossen zu Position 62 — zollfrei — gegen acht Stimmen abgelehnt; die Anträge Müller-Meiningen und v. Wangenheim werden angenommen; Position 63 nach der Regierungsvorlage; ebenso der Antrag v. Wangenheim zu den Positionen 166 und 201.

Position 64: Thee, soll nach einem Antrag v. Karborff und Paasche von 100 auf 25 Mk. herabgesetzt werden.

Antrick und Genossen beantragen: Zollfrei.

v. Wangenheim beantragt 50 Mk. Zoll.

Der Antrag Antrick wird abgelehnt, der Antrag Paasche-Karborff angenommen.

Position 65: Paprika 10 Mk., wird nach der Regierungsvorlage angenommen; ebenso Position 66: Gewürze 50 Mk.; ferner die Positionen 67: Lufa, 68: Stuhlrohr, 69: Nüsse und Schalen, 70: Beeren, Blätter 2c. zum Gewerbegebrauch, 71: Chinarinde 2c., die zollfrei bleiben.

Zu Position 72: Pflanzenwachs (aus Palmen), in natürlichem Zustande 10 Mk., beantragt Müller-Sagan, 5 Mk. zu setzen und Carnaubawachs frei zu lassen.

Die Position wird nach der Regierungsvorlage angenommen.

Schluß der Sitzung ½5 Uhr.

Sächsischer Landtag.

s. **Dresden**, 9. April.

72. Sitzung der Zweiten Kammer.

Auf der Tagesordnung steht Schlußberatung über den schriftlichen Bericht der Finanzdeputation A über die Kapitel 88, 89 und 93 des ordentlichen Etats, Departement des Kultus und öffentlichen Unterrichts betreffend.

Der Bericht über Kapitel 88, Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts und unmittelbare Dependenzen, der zunächst zur Beratung gestellt wird, bietet Anlaß zu Bemerkungen nicht. In der Diskussion nimmt das Wort der

Abg. Dr. Vogel: In Uebereinstimmung mit meinen politischen Freunden richte ich an die Regierung eine Anfrage über eine Angelegenheit, die großes Aufsehen wachgerufen hat. Ich meine die Wechselburger Kirchenangelegenheit. Wir sind der Meinung, daß diese Angelegenheit ausschließlich eine Rechtsfrage ist. Da den Mitgliedern der Kammer die historische Entwicklung des Wechselburger Kirchenstreits nicht mehr in Erinnerung ist, erscheint eine gedrängte Schilderung über diese Entwicklung der Frage angezeigt. Nach der Darstellung des Redners diente die Schloßkirche in Wechselburg im 16 Jahrhundert und noch später dem katholischen Gottesdienst. Dann ist die Kirche nicht mehr gebraucht worden und verfallen, schließlich sei sie aber wieder hergestellt und für den evangelischen Gottesdienst eingerichtet worden. An den nunmehrigen evangelischen Charakter der Schloßkapelle sei auch, wie aus einer Verfügung des Kultusministeriums vom Jahre 1869 hervorgehe, durch den Uebertritt des Grafen v. Schönburg zur katholischen Kirche nichts geändert worden. Es sei also zweifellos, daß die Schloßkirche zu Wechselburg eine evangelische Kirche sei. Trotzdem sei aber später auf Betreiben des nunmehr katholischen Grafen v. Schönburg katholischer Gottesdienst abgehalten worden. In den Auseinandersetzungen, die darauf mit den Kirchenbehörden erfolgt sind, ist dem Grafen v. Schönburg die Abhaltung katholischen Gottesdienstes unter Einhaltung gewisser festgesetzter Bedingungen auf dem Schloß Wechselburg gestattet worden. Danach erschien 1901 in einer Chemnitzer Zeitung eine Bekanntmachung, wonach in der Schloßkirche zu Wechselburg wieder öffentlicher katholischer Gottesdienst abgehalten werden soll. Dadurch sind die ehemals festgestellten Bedingungen umgangen worden. Es sollen nun vom Kultusminister durch eine Verordnung vom Jahre 1901 neue Bedingungen aufgestellt und auf Grund dieser Abhaltung des Gottesdienstes erlaubt worden sein. Von allgemeinem Interesse aber sei, zu wissen, ob bei Festsetzung der neuen Bedingungen der evangelische Charakter der Schloßkirche gewahrt worden sei.

Staatsminister v. Seydewitz bemerkt, daß die Sache in der Hauptsache so stehe, wie sie der Abg. Vogel geschildert habe. Durch die Verordnung vom Jahre 1869 sei der evangelische Charakter der Kapelle trotz des Uebertritts des Grafen von Schönburg zur katholischen Kirche ausdrücklich erklärt worden. Der Besitzer der Schloßkapelle habe sich in Verhandlungen zwischen dem Kirchenvorstand in Wechselburg und den katholischen Behörden bereit erklärt, die Kapelle zu öffentlichen evangelischen Gottesdiensten zur Verfügung zu stellen. Der Kirchenvorstand von Wechselburg habe auch noch eine Reihe weiterer Bedingungen gestellt. So wurde auch verlangt, daß wenn die Ortskirche unbrauchbar werde, den Evangelischen das Vorrecht zur Abhaltung von Gottesdiensten eingeräumt werde. Nachdem sich die Regierung vor einigen Jahren davon überzeugt hatte, daß für die Abhaltung katholischen Gottesdienstes in der Wechselburger Schloßkapelle ein Bedürfnis bestehe, habe sie durch eine Verfügung vom 26. August 1901 dem katholischen Vikariat die Erlaubnis erteilt, in der Kapelle katholischen Gottesdienst abhalten zu lassen, dadurch sei der evangelische Gottesdienst in keiner Weise beeinflußt worden. Er bedauere, daß die Wechselburger Kirchenangelegenheit so außerordentlich mißverstanden worden sei und in sächsischen und außersächsischen Blättern aus diesem Anlasse heftige Angriffe gegen das Kultusministerium und seine Leiter unternommen worden seien. Er freue sich aber, daß die Wechselburger Angelegenheit in zufriedenstellender Weise beigelegt worden sei und er hoffe, daß der Friede auch durch die heutigen Verhandlungen nicht gestört werde.

Abg. Dr. Vogel bemerkt noch, daß die Angriffe auf das Kultusministerium in erster Linie von rheinischen Centrumsblättern ausgegangen seien. (Zustimmung.)

Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Opitz wird bei Kapitel 88 die Einnahme mit 4300 Mk. und die Ausgabe unter Kürzung von 675 Mk. mit 301 405 Mk. genehmigt.

Ohne jede Diskussion werden darauf bei Kapitel 89, Evangelisch-lutherisches Landeskonsistorium, die Einnahme mit 300 Mk. und die Ausgabe mit 134 020 Mk. bewilligt und bei Kapitel 90, Katholisch-geistliche Behörden, die Einnahme mit 890 und die Ausgabe mit 37 670 Mk.

Zu Kapitel 93, evangelische Kirchen, liegt ein ausführlicher Bericht der Deputation vor, der interessante Angaben enthält. Die Mehrausgaben bei diesem Kapitel betragen 48 100 Mk. Davon sollen 11 700 Mk. für drei neue Gefängnisgeistliche verwendet werden. 10 000 Mk. sollen zur Unterstützung an bedürftige Kirchengemeinden zur Gewährleistung des Stelleneinkommens der Geistlichen und Kirchendiener dienen.

Die Ausgaben für die evangelischen Landeskirchen sind bereits auf 2 503 232 Mk. angewachsen, denen nur eine Einnahme von 106 500 Mk. gegenüber steht.

Bei dem Kapitel 93 kommt auch eine Petition des Pfarrers Sachse in Dittersbach bei Frauenstein und 183 Genossen mit zur Beratung, in der Mittel gefordert werden, damit den Geistlichen die im kirchlichen Hilfsdienst verbrachten Jahre bei der Berechnung der Alterszulagen angerechnet werden können. Die Deputation beantragt, die Petition auf sich beruhen zu lassen.

Abg. Gräfe spricht seine Befriedigung darüber aus, daß nach dem Bericht der Deputation die Einkommen der Geistlichen aufgebessert werden sollen, die jetzt Verluste haben. Die Alterszulagen für die Geistlichen müßten ebenfalls anders geregelt werden. Jetzt komme es vor, daß Pfarrer im Alter von 35 und mehr Jahren noch das Minimalgehalt beziehen.

Abg. Leithold: Im Lande werde man davon nicht besonders erfreut sein, daß im Titel 17 wieder 10 000 Mk. mehr für die Geistlichen ausgegeben werden sollen. Diese Beihilfe halte die Regierung für notwendig, weil das Einkommen der Geistlichen infolge des Rückgangs des Pachtgeldes für die Pfarrgüter nachteilig beeinträchtigt werde. Es sei aber notwendig, daß der Staat den ganzen Ausfall trage. Mit den 10 000 Mk. könne man keine großen Sprünge machen. Wenn die Gemeinden den Ausfall tragen sollten, würde das böses Blut machen. Schon jetzt hätten sich aus diesem Anlaß in den Gemeinden Sachen abgespielt wegen den Beihilfen an die Geistlichen, die nicht mehr schön gewesen seien, das sei auch kein Wunder. Wie kämen die kleinen Bauern, die in erster Linie unter der ungünstigen Lage der Landwirtschaft litten, dazu, den Geistlichen das Deficit zu ersetzen. In kleinen Parochien mit 4 bis 500 Seelen bedeuteten die Beihilfen eine wesentliche Belastung. Als vor mehreren Jahren die Pachtsummen gestiegen seien, hatten sich die Pfarrer das ganz ruhig gefallen lassen. Heute sollten die notleidenden kleinen Bauern die Zustände einer vergangenen besseren Zeit auf ihre Kosten aufrecht erhalten. Da heiße es: ja Bauer, das ist ganz was anderes. (Heiterkeit.) Man könnte aber sehen, wie traurig es um die Landwirtschaft bestellt sei, wenn schon die Pachtsummen für die Pfarrgüter zurückgingen. Es wäre die höchste Zeit zu helfen und jetzt wäre auch die beste Gelegenheit dazu. Zu wünschen aber bleibe, daß die sächsische Regierung eine freundlichere Stellung als bisher zu der Erhöhung der Zölle einnehme, damit man sich im Bundesrat und Reichstag nicht mehr auf die ablehnende Haltung unserer Staatsregierung berufen könne. (Beifall.)

Abg. Andrä: Der Zuschuß, den der Staat gewährt, würde nicht mehr als ein Tropfen auf einen heißen Stein sein, wenn nicht das Landeskonsistorium noch Mittel zur Verfügung hätte. Nach seiner Ansicht hätte aber der Staat mehr zu den Beihilfen zuschießen können. Denn es sei keine Kleinigkeit für einen Familienvater, wenn er sich in seinem Haushalt und mit der Kindererziehung eingerichtet habe und solle sich nun infolge eines Rückgangs in seinem Einkommen ganz anders einrichten.

Abg. Träber: Man spreche nur immer von den niedrigsten Einkommen der Geistlichen, vergesse aber zu erwähnen, daß sehr viele Geistliche auch außerordentlich hohe Einkommen aus ihrem Amte beziehen. Man müsse einmal versuchen, eine größere Gleichheit herbeizuführen. Vielleicht ließe sich alles zusammenlegen (Große Heiterkeit.)

Staatsminister Dr. v. Seydewitz drückt seine Freude darüber aus, daß mehrere Abgeordnete die von der Regierung beantragte Bewilligung von 10 000 Mk. für Beihilfen an Geistliche eher zu niedrig als zu hoch bezeichnet hätten. Hätte die Regierung das gewußt, würde sie dem viel weitgehenderen Wunsche des Landeskonsistoriums etwas weiter entgegengekommen sein. Man hätte aber geglaubt, angesichts der ungünstigen Finanzlage nicht weiter gehen zu dürfen. (Zustimmung.) Bei der Bemerkung des Abg. Träber, man solle „alles zusammenlegen", habe er nicht mitgelacht, sondern den Gedanken für der Erwägung wert befunden, wenn der Abg. Träber damit eine Zusammenlegung der gesamten Pachterträge aus den Pfarrgütern gemeint habe. Es sei jedoch zu bedenken, daß die Errichtung einer Centralkasse notwendig mit dem Verluste kirchlicher Rechte für die Gemeinden verbunden sein müsse.

Von den 1325 Stellen für evangelische Geistliche in Sachsen bezögen 68,5 Prozent ganz oder teilweise ihr Einkommen aus Grundbesitz. Daß sich die Pfarrer in diesen Stellen in großer Notlage befinden, ist auch in der letzten Sitzung der Synode allseitig anerkannt worden. Wenn die Summe von 10 000 Mk., die der Landtag bewilligen solle, als völlig unzureichend bezeichnet worden sei, müsse man bedenken, daß nur an die Gemeinden Beihülfen gewährt werden sollen, die unfähig sind, den Bedrängnissen ihrer Geistlichen abzuhelfen. (Beifall.)

Abg. Opitz: Er könne nicht verstehen, wie man zu dem Vorschlage des Abg. Träber habe lachen können. Man werde den von Träber gezeigten Weg gehen müssen, wenn man die jetzige Ungleichheit bei den Gehältern der Geistlichen beseitigen wolle. Wenn auch richtig sei, daß die Geistlichen zum Teil schlechter bezahlt würden, wie Angehörige anderer Berufe mit akademischer Bildung, so sei diese Erscheinung doch lange nicht so bedenklich, wie die krassen Unterschiede in den Gehaltsbezügen innerhalb des geistlichen Berufs. Es gebe Gemeinden, wo die Pfarrstelle mit 10 000 Mk. und mehr dotiert sei und in anderen Gemeinden müßten die Geistlichen mit dem Mindestgehalt vorlieb nehmen. Das seien Gegensätze, die aufeinander platzen müßten. Hier müsse bald gründlich Wandel geschaffen werden. (Zustimmung.)

Darauf wird bei Kapitel 93 nach der Vorlage die Einnahme mit 106 500 Mk. und die Ausgabe mit 2 503 232 Mk. bewilligt.

Die Petition des Pfarrers Sachse in Dittersbach läßt man auf sich beruhen.

Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. Tagesordnung: Schlußberatung über den Bericht der Finanzdeputation A über die Kapitel 44, 44a, 52, 53, 59, 59a und 59c des ordentlichen Staatshaushaltsetats, das Departement des Innern betreffend.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Ein Millionen-Trust sächsischer Grubenbarone. Die Geschichte des deutschen Syndikatswesens ist um ein interessantes Kapitel bereichert worden: Nach vielerlei Bemühungen ist es gelungen, die Zwickauer und Lugau-Oelsnitzer Grubenbarone unter einen Hut zu bringen. Dieses neue Preistreibungs- und Lohndrückungssyndikat, das seit dem 1. April endgültig in Kraft getreten ist, führt sich nun mit einem so schlauen Tric in der Oeffentlichkeit ein, daß es sich wohl lohnt, etwas näher darauf einzugehen. Die Neuverbündeten in Zwickau und Lugau lassen „offiziös" einiges über ihre „Ziele" verlauten und — schimpfen auf andere Syndikate. Ja, das Possenspiel, darauf berechnet, das Publikum zu „beruhigen", geht so weit, daß man durch dieselben offiziösen Soldschreiber erklären läßt, der „neue Verband" werde voraussichtlich keine Gelegenheit zur Schröpfung der Konsumenten haben, da — es mit den guten Zeiten des Kohlenabsatzes vorbei und die Lage der Industrie nicht dazu angethan sei, allzu schroff vorzugehen.

Der neue Kohlentrust ist viel bedeutender, als er selbst von sich sagt. Er umfaßt nicht nur fast sämtliche großen und größeren Zwickauer, sondern auch sämtliche Lugau-Oelsnitzer Betriebe. Die Gesamtförderung dieser ca. 30 Zechen beläuft sich auf jährlich etwa 62 bis 65 Millionen Centner Steinkohlen. Interessant ist, was der Verband bezüglich des Gewichts der Kohlen zu „regeln" beabsichtigt. Es heißt da nämlich in einer uns vorliegenden Auslassung, daß jetzt auch endlich „der alte verdrießliche Streit um das Lowrygewicht der Lugau-Oelsnitzer Kohlen" geordnet werden müsse. „In diesem Revier wird die Doppel-Lowry nämlich statt nach eigentlichen 200 Centnern nach 120 Hektolitern bemessen, und bei dem leichteren Gewicht der Kohlen aus diesem Revier ist es da schon oft zu Streitigkeiten gekommen." Das ist ja ein allerliebstes Geständnis, das nicht mehr und nicht weniger bedeutet als: die Kohlenverbraucher sind bei dieser verschiedenen „Gewichtsskala" einfach betrogen worden. Auf der anderen Seite — und das ist bei der Betrachtung dieses Syndikats interessant — zeigt sich folgendes Bild: Dieselben Kohlengrossisten, die seiner Zeit während der „Kohlennot" in möglichst hohen Preisen förmlich wetteiferten, verfallen jetzt, da sie alle Kundschaft vor den Kopf gestoßen, in das andere Extrem. Sie werden nämlich von den Kohlenbaronen als — „Preisdrücker schlimmster Sorte" gekennzeichnet! Das soll in Zukunft nun nicht mehr vorkommen dürfen. Auch die Bankkrachs wirken auf die geplanten Manipulationen der Kohlenmagnaten immer noch störend ein. Infolge des überreizten Zinsfußes schleppt nämlich das Baugewerbe mehr denn je, und in Verbindung damit ist gleichzeitig die Beschäftigung in den Ziegeleien miserabel schlecht. Diese aber sind im Frühjahr und Sommer diejenigen Abnehmer von Kohlen, auf die die Zechen direkt angewiesen sind. Diese an sich unerfreuliche Thatsache bedeutet nun erklärlicherweise Granit für den neuen Trust und wird ihn einstweilen wenigstens von unverschämten Preissteigerungen abhalten. Im Interesse der Kohlenkonsumenten ist das jedenfalls nur zu begrüßen.

* * *

Von der sächsischen Forstverwaltung. Eine außerordentlich teuere Forstverwaltung soll Sachsen nach einer Zuschrift haben, die den Dresdener Nachrichten zugegangen ist. Darin heißt es:

„Die vielen Artikel, die Ihr Blatt seither über die Reorganisationsbedürftigkeit der sächsischen Forstverwaltung

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19020410/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

brachte, haben die Notwendigkeit einer bedeutend billigeren Verwaltung nicht erwähnt. In Sachsen verursacht der Hektar 11 bis 12 Mk. Verwaltungskosten, während andere, gleich vorgeschrittene Verwaltungen mit 5 bis 6 Mk. auskommen. Die unbedingt notwendige Aufhebung der Oberforstmeistereien wird die Verwaltungskosten etwas mindern, aber nicht ausreichend. Ihr müßte weiter die Reduzierung der Oberförsterstellen auf die Hälfte folgen. Auch ohne Rücksicht auf die damit verbundene bedeutende Ersparung ist die Verdoppelung der Fläche, die ein Oberförster verwaltet, eine Forderung der Zeit. Der sächsische Oberförster ist jetzt zum guten Teil Subalternbeamter, er verbringt die meiste Zeit am Schreibtische mit Anfertigung von Forstrechnungen. Diese Arbeiten kann natürlich ein niederer Forstbeamter gerade so gut und für ein Viertel des Geldes, das der Oberförster dem Staate kostet, anfertigen. Der Oberförster gehört in den Wald. Wenn er von den Bureauarbeiten entlastet wird, wird er mit Leichtigkeit die doppelte Fläche verwalten können und wird mit seinem erweiterten Wirkungskreise sich auch einen umfassenderen Gesichtskreis erwerben. Auch die Forsteinrichtungsanstalt ist ein viel zu kostspieliges Institut. Man staunt, daß für 109 Forstreviere mit 177 000 Hektar Fläche allein 40 ständige Forsteinrichtungsbeamte nötig sind, während doch die Erneuerung der Wirtschaftspläne nur aller zehn Jahre erfolgt. Dieses Beamtenheer ist aber nur deshalb erforderlich, weil die Forsteinrichtungsanstalt auch Privatarbeiten übernimmt. Der Staat bezahlt also die Ausbildung und Pensionierung seiner Beamten lediglich im Interesse von Privaten."

Für das sächsische Finanzwesen dürfte es jedenfalls vorteilhaft sein, wenn hier Gelegenheit genommen würde, die vom neuen Finanzminister so viel erwähnte Sparsamkeit praktisch durchzuführen.

* * *

Dresden, 8. April. In der Vorstadt Pieschen und auf Mickteuer Flur sind innerhalb der letzten zwei Jahre wiederholt Kinder, die am Elbufer gespielt haben, in den Strom gefallen und ertrunken. Bei den bisher zur Anzeige gelangten Fällen nahm man an, daß ein unglücklicher Zufall die Ursache gewesen sei. Die von der Pieschener Polizei angestellten Untersuchungen haben jetzt jedoch, wie bereits gemeldet, auf eine andere Spur geführt. Danach ist der 9jährige Sohn eines in Pieschen wohnhaften Straßenkehrers als derjenige ermittelt worden, der vor drei Tagen den Knaben Pietsch in böswilliger Absicht in die Elbe gestoßen hat, weil er angeblich von ihm beschimpft worden ist. Weiterhin wurde festgestellt, daß der jugendliche Uebelthäter noch einen anderen Knaben und ein 8 Jahre altes Mädchen, die beide ertranken, in die Elbe gestoßen hat. Endlich ist noch in vier weiteren Fällen, wo Kinder ertranken, festgestellt worden, daß eben derselbe Knabe zugegen gewesen ist, so daß er höchstwahrscheinlich auch dort seine Hände im Spiel gehabt haben dürfte.

Großenhain, 8. April. In das frühere amtshauptmannschaftliche Gebäude wird der hiesige Konsumverein für Großenhain und Umgegend einziehen. Bei der gerichtlichen Versteigerung hatte der Konsumverein bereits das Höchstgebot abgegeben, doch wurde ihm der Zuschlag nicht erteilt. Das Grundstück ist jetzt von einem Privatmann aus Kötzschenbroda erworben worden, der die unteren Räumlichkeiten des Gebäudes dem Konsumverein vermieten wird.

Ostritz, 9. April. Eine Verordnung aus dem Jahre — 1560 verbietet die Zusammenkunft des Gesindes in den Rocken- oder Spinnstuben. Gegen diese nahezu 3½ Jahrhunderte alte Verordnung sollten verschiedene Knechte und Mägde verstoßen haben, die sich am Abend des 17. Dez. v. J. beim Gartenbesitzer Hermann Roitzsch in Reutnitz zusammengefunden hatten, um auf Einladung der Dienstmagd Adam deren Abschied zu feiern. Die Geladenen wurden mit Mohnklößen und Grog traktiert und später entrierte man einige Gesellschaftsspiele. Auf erstattete Anzeige wurden sämtliche Anwesende wegen Uebertretung der erwähnten Verordnung von der Amtshauptmannschaft mit Haft- oder Geldstrafen belegt. Einige der Teilnehmer haben die Strafe bezahlt, andere dagegen haben gerichtliche Entscheidung beantragt. Durch das Urteil des hiesigen Schöffengerichts kam Roitzsch, welcher seine Räumlichkeiten zu der Feier hergegeben, mit 15 Mk. Geldstrafe eventuell 5 Tage Haft davon, das Strafmandat lautete auf 7 Tage Haft, Ludwig erhielt anstatt 3 Tage Haft nur 9 Mk. Geld- oder entsprechende Haftstrafe. Bei der Ehefrau des Roitzsch wurde die Strafe von 3 auf 5 Mk. erhöht, bei Richard Petzold wurde die Strafe von 3 auf 1 Mk. ermäßigt. Die Ermäßigung der Strafen wurde deshalb ausgesprochen, weil ein nochmaliges, ebenfalls unter Strafe gestelltes Zusammentreffen der jungen Leute bei Roitzsch am 25. Dezember nur als ein zufälliges angesehen wurde.

oo. **Reichenbach i. V.**, 8. April. Die Verwaltung der hiesigen Ortskrankenkasse hatte mit ihren Beamten Verträge abgeschlossen, durch welche die Möglichkeit der Kündigung seitens der Kasse nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich sei, ferner ein Schiedsgericht über etwaige Differenzen entscheiden solle rc. Die Verträge entsprachen ziemlich wörtlich denjenigen, welche der Verband der Verwaltungsbeamten der Ortskrankenkassen einen Mitgliedern zur Einführung empfohlen hat und durch welche auch verhindert werden soll, daß bei einer etwaigen Aenderung des Krankenversicherungsgesetzes „unliebsame" Beamte ohne weiteres entfernt werden können. Der hiesige Stadtrat, dem die Verträge zur Kenntnis kamen, hat jedoch der Kasse mitgeteilt, daß dieselben „in mehr als einer Beziehung zu Bedenken Anlaß" geben. Anstellung und Regelung der gesamten Anstellungsverhältnisse müssen nach dem Statut der Generalversammlung vorbehalten bleiben. Der Stadtrat lehne es übrigens ab, in dem fraglichen Schiedsgericht mitzuwirken.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In der Nacht zum Montag gelang es der Grenzwachmannschaft des Vogtlandes wieder, unweit Oberpreßl zwei Ochsen (die wahrscheinlich für den Oelsnitzer Viehmarkt bestimmt waren) **zu beschlagnahmen**; außerdem liefen aber den Beamten ein bekannter Pascher und ein Treiber des geschmuggelten Viehes in die Hände. — Aus Falkenstein wird berichtet: Am 8. Oktober 1899 feuerte der im nahen Siehdichfür wohnhafte Gutsbesitzer Schicker in seiner Behausung auf seine Ehefrau aus einem Revolver zwei Schüsse ab und floh dann in den nahen Wald. Seit jener Zeit war Schicker spurlos verschwunden. Am Sonntag vormittag fanden Spaziergänger in der Frhrl. v. Trützschlerschen Waldung den **vollständig verwesten Leichnam** eines Menschen. An den Kleidern des Toten, die noch ziemlich gut erhalten waren, wurde Schicker erkannt. — Mittwoch mittag ist der 16jährige Lehrling Weigelt aus Mylau **von der Gölzschthalbrücke gesprungen.** Er war sofort tot. Als Grund wird angeblich ein Verweis, den er sich im Geschäft zugezogen, angenommen. — Am Montag kam der in Altmannsgrün bei Treuen geborene, jetzt in Mechelgrün wohnhafte, etwa 30 Jahre alte Maurer Bernhard Kober zu seinem Hauswirt Schneider und teilte ihm mit, daß er seiner Frau eine Ohrfeige gegeben habe, worauf die Frau zu Boden gefallen und dort **tot liegen geblieben** sei. Schneider, der sich mit Kober in dessen Wohnung begab, fand auch die Kober am Fußboden ausgestreckt liegen. Der herbeigerufene Arzt konnte nur den Tod der Kober feststellen. — Ein Anstaltswächter in Waldheim fand abends beim Zurückkehren vom Dienst nach seiner Wohnung sein einjähriges Kind tot neben einem Wassereimer liegend vor, während die Frau abwesend war. Früh wurde die Frau am Wehre der Meinsberger Fabrik als Leiche aus der Zschopau gezogen. Ueber die Persönlichkeit der Frau wird mitgeteilt, daß sie 37 Jahre alt war und in der letzten Zeit Spuren von Schwermut an ihr zu bemerken waren. Sie soll früher längere Zeit als Krankenschwester thätig gewesen und an **religiösem Wahnsinn** gelitten haben. Ob ein Verbrechen vorliegt oder ob das Kind durch einen Unglücksfall ums Leben gekommen ist und sich die Mutter in der Verzweiflung hierüber das Leben genommen hat, wird sich wohl kaum feststellen lassen.

Gera, 9. April. Die unterländische Ortskrankenkasse hat dem Milbitzer Krankenhause 9300 Mk. Betriebsmittel vorgeschossen, da die Kasse dieses Krankenhauses vollkommen erschöpft war.

Halle, 10. April. Hirschs Bureau berichtet: 150 Bäckereien beschlossen, da ihnen die Konsumvereine einen Rabatt bis 19 Prozent aufzwingen (!!), in nächster Woche ihre Verträge zu lösen. — Die Absicht, daß die Bäcker ihre Verträge lösen wollen, mag richtig sein, falsch ist aber ganz sicher, daß den Bäckern ein Rabatt bis zu 19 Prozent aufgezwungen werden soll.

Jena, 9. April. Eine imposante, im größten Saale Jenas veranstaltete Versammlung der gesamten Arbeiterschaft der Firma Karl Zeiß protestierte energisch gegen die in der jüngsten Zeit in der Presse verbreiteten Verdächtigungen der Zeißschen Arbeiterschaft und erklärte sich solidarisch mit ihrem bewährten Vorkämpfer auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete, dem Leiter der Karl Zeiß-Stiftung, Professor Abbe.

Lauban, 8. April. Zum Lehrermangel in der preußischen Oberlausitz. In Waldau müssen zur Zeit an der Niederschule von 2 Lehrern etwa 350 Kinder unterrichtet werden. In Gersdorf unterrichten 2 Lehrer in 4 Klassen 274 Schüler. In Nieder-Schreibersdorf ist die Schule bis zum 1. Juli ohne Lehrer. Die Vertretung besorgen zwei andere Lehrer, natürlich auch zum Nachteil der eigenen Schulen. Kulturzustände!

= **Magdeburg**, 9. April. In der letzten Generalversammlung der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Bezirk der Altstadt waren, wie wir bereits mitteilten, zwei Polizeibeamte erschienen, um die Versammlung zu überwachen. Die Krankenkassenversammlungen sind durch das Krankenversicherungsgesetz angeordnet worden; die vereinsgesetzlichen Bestimmungen über die polizeiliche Ueberwachung von Versammlungen finden demnach auf derartige Versammlungen keine Anwendung. Demzufolge verwahrten sich die Versammelten gegen diese Polizeimaßregel und da die Entfernung der beiden Beamten nicht erreicht werden konnte, so hob der Vorsitzende die Versammlung auf und wandte sich beschwerdeführend an den Polizeipräsidenten. Dem Beschwerdeführer ist nun folgender Bescheid zugegangen:

Ihre Beschwerde vom 25. März 1902 ist unbegründet. In die am Montag den 24. d. M., in der Wirtschaft Dreikaiserbund abgehaltene Versammlung sind zwei Polizeibeamte als Abgeordnete der Ortspolizeibehörde auf Grund des § 4 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 gesendet. Nach Nr. 3 der von Ihnen überreichten, in der Zeitung Volksstimme vorher bekannt gemachten Tagesordnung sollte unter anderem in der Versammlung Bericht über die 8. Jahresversammlung des Centralverbandes von Ortskrankenkassen zu Stuttgart und über die Gründung einer losen Vereinigung der Ortskrankenkassenvorstände in Magdeburg, sowie über die Gründung des Verbandes der Ortskrankenkassen im Bezirk der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt erstattet werden, eines Vereins, welcher nach seinen Statuten eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckt. Die Versammlung war eine solche, in welcher öffentliche Angelegenheiten erörtert oder beraten werden sollten, und die sich nicht auf die gesetzlich den Ortskrankenkassen zugewiesenen Aufgaben beschränkte. (§ 21 des Vereinsgesetzes.)

Der Polizeipräsident von Magdeburg behauptet zwar nicht, daß die Krankenkassenversammlungen der Polizeiaufsicht unterstellt sind, er hält aber diese Maßnahme für diese Versammlung für richtig, weil die hier zu erörternden Angelegenheiten „öffentliche" seien. Es mag dahingestellt bleiben, ob die hier in Frage stehenden Angelegenheiten als öffentliche im Sinne des Vereinsgesetzes anzusehen sind, auf jeden Fall stehen sie mit den den Krankenkassen gesetzlich zugewiesenen Aufgaben in engster Verbindung. Aber selbst wenn die Generalversammlung beabsichtigt hätte, solche Angelegenheiten zu erörtern, die mit ihren Aufgaben nicht im Einklang standen, hätte die Polizei kein Recht gehabt, die Versammlung auf Grund der vereinsgesetzlichen Bestimmungen überwachen zu lassen. Der Polizeipräsident hätte sich mit seiner, allerdings irrigen Auffassung, an den Magistrat als die zuständige Aufsichtsbehörde wenden müssen, denn die Paragraphen 44 und 45 des Krankenkassengesetzes besagen ausdrücklich, daß die Aufsicht über Ortskrankenkassen in Gemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern unter Oberaufsicht der höheren Verwaltungsbehörde durch die Gemeindebehörden wahrgenommen wird. Gegen den seltsamen Bescheid des Polizeipräsidenten wird selbstverständlich sofort Beschwerde bei dem Regierungspräsidenten geführt werden.

Magdeburg, 9. April. Die Volksstimme berichtet: Am Mittwoch vormittag stürzte aus dem Hause Gr. Münzstraße 18 blutüberströmt ein Dienstmädchen heraus, welches auf der Straße zusammenbrach. Passanten brachten das Mädchen zunächst in ein Haus, von wo es nach dem Krankenhause gebracht wurde. Hier wurde festgestellt, daß die Geschlagene beim Möbeltransporteur Fricke in Dienst gewesen und bei einem Wortwechsel mit Frau Fricke von der erwachsenen Tochter derselben mit einem Besenstiel über den Kopf geschlagen worden war. Dem schlagfertigen Fräulein, das die Gesindeordnung in einer derartigen unerhörten Weise auszulegen versuchte, wird jedenfalls vom Strafrichter plausibel gemacht werden, daß eine derartige Züchtigung nicht mehr unter die Gesindeordnung fällt, sondern daß in dieser Sache ein Paragraph des Strafgesetzbuches, der von der Körperverletzung handelt, in Anwendung tritt.

Vereine und Versammlungen.

Der Arbeiterverein Leipzig

veranstaltete am vergangenen Sonntag in seinem Vereinslokale eine Ausstellung der vom Kunstwart herausgegebenen Meisterbilder für das deutsche Haus. Der Verlag dieser Zeitschrift, angeregt durch ihren Redakteur Avenarius, verfolgt bekanntlich den Zweck, durch billige Reproduktionen von Meisterwerken der bildenden Kunst auch dem Minderbemittelten das Verständnis und den Genuß der Kunst zu erschließen. Zu diesem Zweck hat der Verlag aus Stiftungsmitteln einer Anzahl Arbeitervereinen eine Reihe solcher Reproduktionen unentgeltlich überlassen. Auch der Arbeiterverein Leipzig ist infolgedessen in der glücklichen Lage, sich des Besitzes solcher Reproduktionen zu erfreuen. Abends 8 Uhr fand durch den Genossen Bosse sen. eine Besprechung der Ausstellung statt. In der Einleitung seines Vortrages wies er darauf hin, daß eine große Erklärung der Reproduktionen eigentlich gar nicht nötig sei, da diese für sich selbst sprächen. Er führt danach bei Erläuterung der einzelnen Bilder den Lebensgang des betreffenden Künstlers, dessen Schaffensweise rc. an und bemerkt zum Schluß, daß das Beschäftigen mit der Kunst einem jeden als eine Quelle der Freude in unserer materiell gesinnten Zeit zu empfehlen sei. — Der Arbeiterverein hatte mit dieser Ausstellung noch weiter einen praktischen Zweck verknüpft. Wie seit einigen Jahren üblich, hat er auch in diesem Jahre ein Preisausschreiben für den Entwurf eines Programms, das bei allen vom Arbeiterverein veranstalteten Festen verwendet werden soll, erlassen. Eingereicht waren neun Entwürfe, die den Besuchern des Vortrags zur Beurteilung vorlagen. Die meiste Stimmenzahl fiel auf den von dem Lithographen Otto Engelmann eingegangenen Entwurf, der also für dies Jahr als Programm benutzt wird. Die nächsthohe Stimmenzahl erhielt der von Herrn Alfred Dickert gefertigte Entwurf. Der Vorstand will auch mit dem Verfertiger dieses Entwurfes wegen Ankaufs desselben in Verhandlung treten, da dieser Entwurf, der künstlerisch bedeutendste, sich jedoch zu einem unseren Zwecken entsprechenden Programm nicht gut eignet. Zum Schluß des Abends macht der Vorsitzende noch auf die am nächsten Sonntag stattfindende Theatervorstellung von Hebbels Maria Magdalena im Alten Theater und auf den am selben Tage abends im Vereinslokal stattfindenden Vortrag des Genossen Lange über den Marschendichter Heinrich Allmers aufmerksam. Er bittet um zahlreichen Besuch dieser Veranstaltungen; dieser Wunsch sei auch hiermit ausgesprochen.

Oeffentliche Versammlung der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter

am Dienstag den 8. April im Gosenschlößchen zu Plagwitz. Tagesordnung: Die Arbeitsverhältnisse in unserem Beruf mit besonderer Berücksichtigung der Weltfirma Mey u. Edlich. Diskussion. Der Referent Koll. Schmidt erwähnte, daß die früheren Einrichtungen im Handel patriarchalische waren, jedoch haben technische Erfindungen auch hierin bedeutende Veränderungen bewirkt. In den heutigen Handelshäusern lerne der Chef den Arbeiter und der Arbeiter den Chef nicht mehr kennen. Direktoren und Meister fungieren als Vorgesetzte und haben Wohl und Wehe der Arbeiter in den Händen. Hierdurch entstehe unter den Arbeitern ein Wetteifern, sich beliebt zu machen; ein gewisses Spitzelsystem sei die Folge. Die Wettkriecherei werde auch zur Lohndrückerei ausgenutzt. Der Chef der Firma Mey u. Edlich habe mehrere Ehrenämter und für gewisse Vereine stets eine offene Hand. So habe er dem Kirchenbauverein in Schleußig 5000 Mk. überwiesen. In der Fabrik aber herrscht Lohndrückerei und das Spitzelsystem stehe in schönster Blüte. Ihm sei in jüngster Zeit auch ein zu unserer Organisation gehöriger Kollege B. zum Opfer gefallen. Acht Jahre habe er der Firma treu und ehrlich gedient. Seine Aktivität für unseren Verband habe nun durch Verrat seine Entlassung herbeigeführt. Redner betont unsere principiellen Anschauungen. Diese richten sich dagegen, daß der einzelne Reichtümer über Reichtümer einheimst, wogegen ungezählte Arbeiter darben müssen. Referent weist dann auf den Wert und die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisationen hin; nur durch diese könne erfolgreich gegen die Unternehmerorganisation gekämpft werden. Die Diskussion gestaltete sich zu einer recht lebhaften. Kollege Bastam schildert ausführlich seine Entlassung. Andere Redner, die zum Teil früher selbst bei M. u. E. beschäftigt waren, beklagen noch andere Mißstände. Ein Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes, auch ein früherer Arbeiter des Hauses M. u. E., teilt mit, daß sein Verband früher schon beim Fabrikinspektor vorstellig geworden sei, worauf auch zum Teil Abhilfe geschaffen worden sei. Eine Resolution, die sich entschieden gegen die Maßregelung ausspricht, fand einstimmige Annahme.

Die hiesigen Mitglieder des Holzarbeiterverbandes

hielten vergangenen Sonnabend eine Mitgliederversammlung ab, in der Redakteur Jaeckh über Sozialdemokratie und Arbeiterschaft referierte. Ausgehend von der Diskussion, die sich in jüngster Zeit durch den bekannten Artikel des Dr. Freund über dieses Thema in der politischen und Gewerkschaftspresse entsponnen, suchte der Vortragende zunächst durch eine scharfe Analyse der beiden Begriffe diese zu einander in das richtige Verhältnis zu stellen. Die Sozialdemokratie, führte Referent aus, decke sich durchaus nicht mit der Arbeiterschaft. Weder sei die sozialdemokratische Wählerschaft gleichbedeutend mit der Lohnarbeiterschaft, noch sei die sozialdemokratische Parteipolitik eine einseitige Arbeiterpolitik, noch sei endlich die gesamte agitatorische und politische Thätigkeit der Sozialdemokratie auf die Arbeiterschaft beschränkt. Wie sich schon aus einer Vergleichung der Stimmenzahl der sozialdemokratischen Wählerschaft mit der Lohnarbeiterschaft ergebe, umfasse die Partei noch nicht einmal die gesamte industrielle Lohnarbeiterschaft und habe außerdem noch zahlreiche kleinbürgerliche und kleinbäuerliche Stimmen. Ebenso befasse sich die sozialdemokratische Fraktionspolitik mit der Gestaltung des gesamten politischen Lebens und nicht einseitig mit Arbeiterpolitik, ja sie trete unter Umständen der Arbeiterpolitik der bürgerlichen Parteien entgegen. Endlich beschäftigen sich die sozialdemokratischen Parteitage auch mit der Frage der Eroberung anderer Schichten, als bloß der Arbeiterschaft, wie schon die Geschichte des Agrarprogramms ausweise, und sie treten nicht selten in einen Gegensatz zu einseitigen Arbeiterbewegungen, wie der Gewerkschaftsbewegung. Die Sozialdemokratie gehe also in keiner ihrer Lebensäußerungen restlos in der Arbeiterschaft auf, sie sei nicht bloß eine Arbeiterbewegung, sondern eine Klassenbewegung. So sprechen auch Marx und Engels viel weniger von der Arbeiterschaft, als von der Arbeiterklasse, vom Proletariat. Zum Proletariat gehören aber alle ausgebeuteten und unterdrückten Bevölkerungsschichten, in erster Linie wohl die Lohnarbeiterschaft, weiterhin aber können auch kleinbäuerliche und unter Umständen kleinbürgerliche Kreise dazu gehören. In dem Begriff des Proletariats stecke bereits der Klassenstandpunkt, der das Gesellschaftsbild nicht beschreiben, sondern erklären wolle, eine gesellschaftliche Weltanschauung, ein Weltbild geben und eine neue Weltordnung erstreben wolle. Die Sozialdemokratie gebe eine ganze Weltanschauung; sie sei geschichtlich verwachsen mit der deutschen Philosophie des vorigen Jahrhunderts und trage, wenn dies zur Zeit auch nicht mehr so deutlich hervortrete, immer noch die geistigen Züge der damaligen Philosophie. Der Sozialismus, wie er damals wissenschaftlich begründet worden sei, sei gewissermaßen der Geist, der im Proletariat, in erster Linie der Arbeiterschaft, seinen Stoff finde, und so sich zur lebendigen, denkenden und wollenden sozialdemokratischen Bewegung verkörpere. — Im zweiten Punkt der Tagesordnung gab Kollege Gerlitzke den Bericht über das Gewerkschaftskartell. Hieran schloß sich eine lebhafte Debatte, an der sich insbesondere die Kollegen Wolff, Ehrlich und Wilsdorf beteiligten. Als Kartellbelegierte wurden die bisherigen Kollegen neugewählt; dazu noch der Kollege Scheibner. Die Abstimmung zur Stichwahl zur Entsendung eines Delegierten zum Stuttgarter Gewerkschaftskongreß ergab für Kollegen Starke-Dresden 11 Stimmen, für Kollegen Meusch-Leipzig 184 Stimmen.

Volksbildungsverein für Markkleeberg und Umgegend.

Die am 5. April abgehaltene Versammlung war von 24 Mitgliedern besucht. Genosse Beck verlas die Broschüre: Der Achtstundentag. In der sich anschließenden Diskussion fordert zunächst Genosse Beck die Mitglieder auf, bei Begehung der Feier des 1. Mai auch die Frauen mitzubringen. Genosse Busch ermahnt, daß ein jeder mit voller Kraft für die Feier des internationalen Maitages agitiere, um auch den Behörden zu zeigen, daß das Proletariat gewillt ist, das ihm vom Kapitalismus aufgedrungene Joch von sich abzuwälzen. Im gleichen Sinne sprechen sich noch die Genossen Schröder und Krayeck aus. Unter Gemeindeangelegenheiten geben die Genossen Friedr. Busch und Marx Bericht über die letzte Gemeinderatssitzung. Im Anschluß hieran wurde die unregelmäßige Einziehung der Gemeindesteuern scharf kritisiert.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19020410/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG